



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Bundesvorstand in Berlin:

Keine Rosinenpickerei

Kreislaufwirtschaftsgesetz in der Diskussion

Die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das Energiekonzept der Bundesregierung sowie Aktuelles aus den kommunalen Spitzenverbänden waren Tagesordnungspunkte der jüngsten Sitzung des KPV-Bundesvorstands in Berlin. Katherina Reiche MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, referierte zum Thema Kreislaufwirtschaftsgesetz.

Da die Diskussion um die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in den beteiligten Städten und Landkreisen unvermindert anhält, hob KPV-Bundesvorsitzender MdB Peter Götz, die Vorteile der Novelle hervor. Die gefürchtete „Rosinenpickerei“, so Götz, werde es nicht geben, die Kommunen bleiben öffentliche Aufgabenträger.

Kommunen tragen die Verantwortung

Wie der KPV-Vorsitzende erläuterte, trügen die Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge die Verantwortung für die Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushalten. Diese grundlegende Struktur habe sich in Deutschland bewährt und müsse unbedingt erhalten bleiben.

Zum Hintergrund: Die Umsetzung der EU-Abfallrahmenricht-

linie aus dem Jahr 2008 macht eine Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erforderlich. Der dazu vom Bundesumweltministerium vorgelegte Referententwurf dient der Vorbereitung der Beschlussfassung der Bundesregierung. Der Entwurf soll sowohl den Kommunen als auch der Privatwirtschaft Rechts- und Investitionssicherheit bieten.

Wie Katherina Reiche darlegte, werde das Ziel verfolgt, die kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle und die Zulässigkeit von gewerblichen Sammlungen derart zu präzisieren, dass sie auch in Bezug auf das EU-Recht weiterhin Bestand haben können.

Private Haushalte dürfen kompostieren

Laut Bundesumweltministerium bedeutet das konkret:

1. Private Hausmüssen halte ihre



Der Bayerische Qualitätspreis ging heuer u. a. an die Stadt Waldkraiburg. Unser Bild zeigt von links: Innenstaatssekretär Gerhard Eck, Waldkraiburgs Ersten Bürgermeister Siegfried Klika, IGW-Vorsitzende Manuela Keller, Markus Stern (Geschäftsführer der Stadtmarketing Waldkraiburg GmbH) sowie Dr. Ronald Mertz, Referatsleiter im Bayerischen Wirtschaftsministerium.

Bayerischer Qualitätspreis 2011:

Wirtschaftsfreundliches Gemeindetrio

Auszeichnung für Cham, Wolfertschwenden und Waldkraiburg

Zum 14. Mal wurde in der Münchner Residenz der Bayerische Qualitätspreis u. a. an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Städte Cham (Oberpfalz), Waldkraiburg (Oberbayern) und die Gemeinde Wolfertschwenden (Schwaben). Bei einer Feierstunde in der Münchner Residenz überreichten Wirtschaftsminister Martin Zeil und Innenstaatssekretär Gerhard Eck den Preis in Form einer Glaspyramide. Am Wettbewerb hatten in diesem Jahr auf Vorschlag von bayerischen Wirtschaftsorganisationen und den Bezirksregierungen 15 Städte und Gemeinden teilgenommen.

Bei der Bewerbung um den Bayerischen Qualitätspreis für Städte und Gemeinden galt es, Kriterien aus fünf Kategorien zu erfüllen: Allgemeine Informationen, Qualität der Organisation, Bürgernähe und Wirtschaftsförderung, Standortbedingungen, Einzelaktionen und Projekte. Ausgezeichnet wurden Teilnehmer, die das beste Gesamtergebnis erreichten, aber auch zusätzlich in allen Bereichen besondere Leistungen verzeichnen konnten.

Kommunen gestalten die Rahmenbedingungen

Wie Minister Zeil erläuterte, „sind neben der Politik in Bund und Land in besonderer Weise auch die Kommunen für günstige Rahmenbedingungen zugunsten von Unternehmen gefordert“. Denn jede Kommune sei nicht nur unmittelbarer Ansprechpartner vor Ort. Für Unternehmer wichtig seien schlanke Verwaltungsprozesse, so we-

nig Verwaltungsvorschriften wie möglich, schnelle Genehmigungsverfahren und persönliche Betreuung. Somit beeinflusse eine Kommune mit ihrer Wirtschaftspolitik, wie attraktiv, kompetent und wirtschaftsfreundlich sie als Standort ist. „Dass alle drei Gemeinden im ländlichen Raum liegen, bestätigt meine Überzeugung, dass dieser Kraft, Potenzial und Zukunft hat und unsere Regionen mit Qualität punkten können“, so der Wirtschaftsminister.

Effiziente Verwaltungsprozesse

Als Vertreterin der wirtschaftsfreundlichen Kommune Cham nahm Bürgermeisterin Karin Bucher an der Spitze einer Delegation einen der drei Qualitätspreise entgegen. Laut Würdigung ist die Kreisstadt Cham ein zentraler Wirtschaftsstandort und Einkaufsmetropole der Region Oberer Bayerischer Wald. Die zentrale Lage und optimale

Deutscher Städtetag:

Stabilisierung und Konsolidierung

Tagung des Präsidiums in Hannover

Die Themen Energiepolitik, Städtebauförderung und Finanzmärkte standen im Zentrum einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetags in Hannover. Dabei begrüßte der kommunale Spitzenverband die Maßnahme, die sieben ältesten Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten und die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke erneut zur Diskussion zu stellen. Damit bestehe die Chance, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verbessern, zu dem sich der Deutsche Städtetag nachdrücklich bekennt.

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth, feststellte, seien die Städte und ihre Stadtwerke der geborene Partner für die Energieversorgung der Zukunft, die deutlich dezentraler strukturiert sein werde.

Erneuerbare Energien ausbauen

Es sei richtig, den Stellenwert der erneuerbaren Energien zu er-

höhen. Die Stärken der Städte und der kommunalen Unternehmen für eine verlässliche und sichere Energieversorgung sollten besser genutzt werden.

Die Städte und ihre Unternehmen investierten in Zukunftstechnologien und bauten die umweltfreundliche Energieerzeugung in großen Schritten aus, erklärte Roth. Die Stadtwerke benötigten deshalb faire Wettbewerbsbedingungen, damit sie möglichst viel für den Klimaschutz bewirken können. Als ein Beispiel dafür, wie sich die Städte in der Energiepolitik erfolgreich für eine zukunftsweisende umweltfreundliche Energieerzeugung aufgestellt haben, nannte (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*



Mit der Kommunikation zwischen den Parteien und ihren Wählern ist das so eine Sache - Stichwort Wahlprogramm. Offensichtlich schreibt keiner für den Souverän, sprich den Mann bzw. die Frau auf der Straße. Und auch die Politiker verwechseln Fachchinesisch mit Deutsch, meint die Vorzimmerperle. Seite 11

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr denn je ist es wichtig, über Fragen der kommunalen Energiepolitik umfangreich informiert zu werden. Am 30. Juni 2011 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für kommunale Entscheider und Behördenvertreter. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. ☐

Vormerken!
30. Juni
2011

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

gesamten Haushaltsabfälle grundsätzlich den Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger überlassen. Privathaushalte sind aber berechtigt, ihre Abfälle auf dem eigenen Grundstück zu verwerten (Beispiel: Eigenkompostierung). Die private Entsorgungswirtschaft hat wie bisher auch die Möglichkeit, sich im Rahmen von Ausschreibungen durch die Kommunen an der Entsorgung von Haushaltsabfällen zu beteiligen.

2. Abfälle zur Beseitigung aus sonstigen Bereichen (Beispiel: Gewerbe) sind überlassungspflichtig, soweit diese nicht durch die Erzeuger und Besitzer selbst beseitigt werden. Abfälle zur Verwertung aus sonstigen Bereichen sind nicht überlassungspflichtig. Hier kann der jeweilige Erzeuger und Besitzer (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Das Atomzeitalter geht zu Ende	Seite 2
Gegen Integrationsverweigerung und Zwangsehen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen gehen in der Energiepolitik voran	3
Versicherungskammer Bayern auf Wachstumskurs	3
Energieplanung, Klimaschutz und Wertschöpfung	4
GZ-Fachthemen: IT - Ausstattung für Kommunalverwaltungen	5-6
Abfall - Umwelt	7
Kommunalfahrzeuge	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Atomzeitalter geht zu Ende

Beschleunigter Umstieg auf erneuerbare Energien

Nach der Natur- und Atomkraftkatastrophe in Japan haben Staatsregierung und Landtag übereinstimmend eine grundlegende Änderung der Energiepolitik in Bayern, Deutschland und Europa gefordert. Die Übereinstimmung, verbunden mit dem Bekenntnis zur Hilfe für Japan, endete jedoch bereits bei der Frage, welche Auswirkungen das von Bund und Ländern beschlossene Moratorium zwecks zunächst vorläufiger Abschaltung der sieben ältesten deutschen Kernkraftwerke - in Bayern Isar 1 - haben werde.

In einer Regierungserklärung kündigte Umweltminister Dr. Markus Söder an, bis Mitte Mai werde ein Konzept erstellt, wie und in welchem Umfang der Umstieg Bayerns auf regenerative Energien „in den nächsten zehn Jahren noch schneller erreicht werden kann“.

Brückentechnologie

„Das Atomzeitalter geht zu Ende, auch in Bayern“, stellte Söder klar. „Bis dahin müssen wir unseren ursprünglichen Zeitplan zum Umbau der Energieversorgung spürbar beschleunigen.“ Der in diesem Zusammenhang genannte Zeitraum von zehn Jahren hatte zuvor in der CSU-Fraktion Irritationen ausgelöst. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) betonte in Übereinstimmung mit Söder in einem Statement, mittelfristig bleibe die Kernkraft Brückentechnologie auf dem Weg zu einer weitgehend auf erneuerbare Energien gestützten Stromversorgung. Derzeit kämen etwa 57% der bayerischen Stromerzeugung aus Kernenergie. Ein vollständiger, kurzfristiger Verzicht wäre ohne dramatische Einschränkungen der Stromversorgung nicht möglich.

Bayerische Reaktor-Sicherheitskommission

Söder versicherte, das Sicherheitsprinzip sei zwar schon bisher wichtiger gewesen als Wirt-

schaftlichkeit des Atomstroms, aber „Japan verändert alles, auch bei mir“. Für die Zeit des Moratoriums werde eine Bayerische Reaktor-Sicherheitskommission aus anerkannten, unabhängigen Experten berufen. Und wenn das neue Denken „etwas kostet, dann soll es so sein“. Ministerpräsident Horst Seehofer, der in Berlin auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel an zwei Kernkraftgesprächen mit den Ministerpräsidenten der Atomkraftwerks-Standortländer (Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg) teilnahm, ergänzte Söders Ausführungen in Berlin mit der Versicherung, mit ihm sei eine Rückkehr zur bisherigen Atompolitik nicht zu machen.

Notwendige Konsequenzen

In der CSU-Fraktion sei dreieinhalb Stunden vehement diskutiert worden, bestätigte Vorsitzender Georg Schmid. Nach der Naturkatastrophe in Japan mit ihren nuklearen Folgen „können wir jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“. Man müsse sich ernsthaft, vorurteilsfrei und gewissenhaft mit dem Unglück und den notwendigen Konsequenzen auseinandersetzen. Sicherheit stehe an erster Stelle. Mit den Landtagswahlen in mehreren Bundesländern, an der Spitze Baden-Württemberg, habe das Umdenken nichts zu tun. Die Entscheidungen der

schwarz-gelben Koalitionen in Berlin und München seien rein sachbezogen. Für die Energie-wende seien im Programm „Aufbruch Bayern“ bereits wichtige Weichen gestellt worden, wie und in welchem Umfang der Umstieg Bayerns in den nächsten zehn Jahren in eine auf erneuerbare Energien begründete Versorgung erreicht werden könne. Das sei eine „sehr ambitionierte Vorgabe“.

FDP-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Thalhammer bestätigte, „dass wir entschlossener und zielstrebtiger vorgehen müssen als früher“. Seine Fraktion stehe voll und ganz hinter der Staatsregierung. Insbesondere nannte er Söder, für den er „eine Lanze brechen“ wollte.

Fehlende Rechtsgrundlage

Die Opposition blieb in der emotionalen Plenardiskussion bei ihrer Kritik am Verhalten der CSU. SPD-Generalsekretärin Natascha Köhnen behauptete, den CSU-Spitzenpolitikern seien die Milliarden für die Konzerne der Kernenergie mehr wert gewesen als die Sicherheit. Nur so sei der von Schwarz-Gelb letztes Jahr vollzogene Ausstieg aus dem Terminplan von Rot-Grün zu erklären. Das jetzt verkündete Moratorium drohe „zu einem Oratorium der Atomrhetorik zu werden“, abgesehen von der fehlenden Rechtsgrundlage, die vom Bundesverfassungsgericht überprüft werde.

Dringlichkeitsanträge

Thomas Glauber und Fraktionschef Hubert Aiwanger (FW) warfen der CSU vor, die Bevölkerung über Jahre hinweg falsch informiert zu haben, indem sie die Atomkraftwerke als sicher bezeichnete. Für die Grünen war Ludwig Hartmann gleicher Meinung. Mit dem Gespenst einer Stromlücke wolle die CSU an ihrer falschen Politik festhalten.

Zur Entscheidung kam die Auseinandersetzung am Abend des Sitzungstages, als die konträren Dringlichkeitsanträge zusätzlich diskutiert und verbeschieden wurden. Die Texte von SPD und Grünen, mit denen unter anderem die endgültige Abschaltung von Isar I gefordert und die Übertragung von Reststrommengen auf andere Kernkraftwerke gefordert wurde, scheiterten in namentlicher Abstimmung. Die Koalitionsparteien setzten ihren gemeinsamen Antrag durch. Darin heißt es: „Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, die wir begrenzt und verantwortbar einsetzen mit dem Ziel eines schnellstmöglichen Umstiegs auf erneuerbare Energien.“ Die Sicherheitsbestimmungen aller deutschen Kernkraftwerke müssten umfassend überprüft werden. An Hand dessen seien gegebenenfalls zügig notwendige Änderungen der Sicherheitsbestimmungen vorzunehmen. Bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) auf EU-Ebene seien unverzüglich Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke aufzunehmen.

Konzept für den Umstieg

Die Staatsregierung wurde aufgefordert, bis Mitte Mai alle bayerischen AKWs zu überprüfen und ein Konzept für den Umstieg Bayerns auf erneuerbare Energien zu erarbeiten. Dazu gehöre auch der Umbau des Stromversorgungssystems mit dem raschen Ausbau der Stromnetze, der Bau von Stromspeichern, die Entwicklung neuer Speichertechnologien sowie weiterer Ausbau und Integration erneuerbarer Energien. **rm**

Waffenkontrollen unzureichend

Herrmann fordert von Kommunen besseren Vollzug des neuen Waffengesetzes

Das unter dem Eindruck des Amoklaufes von Winnenden 2009 in Bayern verschärfte Waffenrecht wird von den dafür zuständigen Kommunalbehörden nicht immer zufrieden stellend vollzogen. Das berichtete Innenminister Joachim Herrmann im Kommunal- und Innenausschuss des Landtags. Es sei nicht akzeptabel, dass teilweise „zu wenig und in 14 Städten und Landkreisen letztes Jahr überhaupt keine Kontrollen durchgeführt wurden, ob die angemeldeten Waffen ordnungsgemäß untergebracht, also gegen Eingriffe gesichert werden. Der Innenminister will die Kreisverwaltungen dazu anhalten, eine Mindestzahl an Kontrollen durchzuführen.“

Fünf bis zehn pro Monat und Mitarbeiter seien „realistisch und leistungsfähig“, erklärte der Minister im Ausschuss bei dem vom Landtag angeforderten Bericht. Geprüft müsse werden, ob alle Inhaber von Waffenerlaubnissen einen Aufbewahrungsnachweis führen. Bei Verdachtsmomenten solle auch gegen den Willen des Erlaubnisbesitzers kontrolliert werden. Den örtlichen Behörden bleibt es überlassen, ob sie Stichprobenkontrollen ankündigen.

Ende 2010 gab es im Freistaat 295.000 Inhaber von etwa 1,2 Millionen ordnungsgemäß re-

gistrierten Waffen. Im April 2009 waren es noch 367.000 mit 1,42 Millionen. Die bisherigen Kontrollen haben ergeben, dass 81 % der angemeldeten Waffen ordnungsgemäß verwahrt wurden. Nur in 2,5% der Fälle seien Verfahren zum Widerruf der Waffenerlaubnis eingeleitet worden. Die größte Gefahr gehe von illegalen Waffen aus. 96% aller entsprechenden Straftaten wurden mit solchen begangen, ganze drei mit registrierten Waffen.

Zahl der Kontrolleure erhöhen

Im Ausschuss gab es grundsätzlich Zustimmung zu Herrmanns Bericht. Harald Schneider (SPD) konstatierte, nach dem vom Innenministerium vorgelegten detaillierten Zahlen werde statistisch gesehen jeder Waffenbesitzer in Bayern alle 150 Jahre kontrolliert. Die SPD habe gefordert, die Zahl der Kontrolleure um 71 zu erhöhen.

Zur Zeit seien es im Landesdurchschnitt nur 150,5. Susanna Tausendfreund (Grüne) nahm die Kommunen bei aller Kritik im gleichen Sinne in Schutz. Der Personalmangel werde auch von Städten und Landkreisen der ministeriellen Kritik entgegengesetzt. **rm**

Koalitionsfraktionen lehnen Erhöhungsanträge der Opposition ab

Für Bayerns Beamte soll es heuer besoldungsmäßig bei einer Nullrunde bleiben. Im Landtag lehnten die Koalitionsfraktionen Dringlichkeitsanträge von SPD und Freien Wählern ab, die Staatsregierung möge den aktuellen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) für die Beamten übernehmen. CSU und FDP wollen die, angesichts unerwartet gestiegener Steuereinnahmen, dieses Jahr mehr verfügbaren rund 110 Mio. Euro anderweitig verwenden oder auf die hohe Kante legen. Bayerns Beamtinnen und Beamte zählten im Ländervergleich nach wie vor zu den bestbezahlten Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Der Freistaat gehört der Tarifgemeinschaft nicht an. Nächstes Jahr könne über Gehälter wieder geredet werden.

Die Opposition erachtet die Nullrunde als unzumutbares Sonderopfer, das auch die Attraktivität des Staatsdienstes gefährde. Schon jetzt schwäche die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre angesichts des bevorstehenden Fachkräftemangels die Leistungsfähigkeit gerade kleinerer Behörden im ländlichen Raum, befand Peter Meyer (FW).

Stefan Schuster (SPD) bezog sich auf den Haushaltsentwurf 2011/12, in dem den Beschäftigten des Freistaats Kürzungen von mehr als 900 Mio. Euro zugemutet würden. Im gleichen Sinn äußerte sich Adi Sprinkart (Grüne). Angesichts der unvorhergesehenen Steuermehreinnahmen könnten die Gehälter erhöht werden. Dem Sparen beim öffentlichen Dienst stellten die Oppositionssprecher Steuergeschenke für die Hotellerie bei der Umsatzsteuer gegenüber.

Wettbewerb mit den Nachbarländern

Hans Herold (CSU) und Prof. Georg Barfuß (FDP) wiesen diesen Vergleich zurück. Beim Übernachtungsgewerbe gehe es um den Wettbewerb mit Nachbarländern der Bundesrepublik und um Arbeitsplätze, die Existenz und somit auch um Steuereinnahmen. Zur Besoldung verwies Herold auf die in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen hin, darunter Beförderungen und schrittweise Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. „Die leistungsorientierte Bezahlung unserer Beamten ist uns wichtig“ versicherte Herold.

Keine neuen Schulden

Aber neue Schulden werde man nicht machen. Nordrhein-Westfalens Haushalt sei beispielsweise wegen zu hoher Schulden gerichtlich für verfassungswidrig erklärt worden. Die Oppositionsanträge zur Beamtenbesoldung wurden in namentlicher Abstimmung verworfen.

sprecher Karsten Klein vor der Presse erläuterten. Man wisse ja nicht, was die Zukunft bringt. Für den Öffentlichen Dienst seien die Atempause 2011 und die Absenkung des Eingangsgehalts um eine Besoldungsgruppe zumutbar, zumal diese von 24 auf maximal 18 Monate herabgesetzt werde. Als kleines Entgegenkommen wird die Wegstreckenentschädigung nicht gekürzt. Sie bleibt bei 35 beziehungsweise 25 Cent, je nach Triftigkeit der Dienstfahrt.

Straßen, Busse, Handwerk und Behinderte profitieren

Bei den Sachausgaben werden rund 47 Mio. Euro mehr eingesetzt und im Haushaltsentwurf der Staatsregierung vorgesehene Kürzungen rückgängig gemacht. Der „Geldregen“ kommt insbesondere Staatsstraßen, Schulbussen, Handwerks- und Behindertenförderung zugute. **rm**

Bundestag ändert Ausländerrecht:

Gegen Integrationsverweigerung und Zwangsehen

Für Zuwanderer wächst der Druck zum Deutschlernen. Gleichzeitig soll der Schutz vor Zwangsehen verbessert werden, indem ein neuer Straftatbestand geschaffen wird. Entsprechende Neuregelungen im Ausländerrecht verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP.

Unbefristete Ausenthalts-genehmigung nur nach erfolgreichem Integrationskursbesuch

Künftig erhalten Ausländer von außerhalb der EU nur noch dann eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie den obligatorischen Integrationskurs erfolgreich absolviert haben. Bis zur bestandenen Sprachprüfung wird ihre Aufenthaltserlaubnis um maximal ein Jahr verlängert. Unfreiwillige Eheschließungen künftig ein eigener Straftatbestand

Um den Schutz vor Zwangsehen zu verbessern, sind unfreiwillige Eheschließungen künftig ein eigener Straftatbestand. Bislang konnten solche Fälle nur als schwere Nötigung geahndet werden. Das Strafmaß wird allerdings nicht angehoben. Für die Opposition handelt es sich deshalb um reine Symbolpolitik. Gleichzeitig soll es schwerer werden, sich durch Scheinehen eine Aufenthaltserlaubnis zu erschwindeln. Das

Recht, in Deutschland zu bleiben, gibt es für ausländische Ehepartner in Zukunft erst nach drei Jahren und nicht - wie bisher - schon nach einer zweijährigen Ehe. Hier regte sich besonders scharfe Kritik der Opposition. Josef Winkler von den Grünen klagte, durch diese Regelung müssten sich zwangsverheiratete Frauen von ihren gewalttätigen Ehemännern „ein Jahr länger prügeln lassen“.

Kontroverse Diskussion im Parlament

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach von pragmatischen Lösungsansätzen und Anreizen zur Integration. Bei der Opposition war hingegen von einem schlechten Tag für die Integrationspolitik die Rede. Nach Ansicht der SPD-Abgeordneten Aydan Özoğuz wird Integration durch solche Maßnahmen eher verhindert. Ulla Jelpke von der Linken bezeichnete das Gesetz sogar als Absage an eine humane Integrationspolitik.

beck-aktuell-Redaktion Verlag C.H. Beck **□**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Prof. Dr. Dr. Hans Eichinger 85368 Wang am 14.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Schöck 97215 Uffenheim am 8.4.

Bürgermeister Georg Eberl 94437 Mamming am 16.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Donko 92681 Erbdorf am 6.4.

Bürgermeister Karl Söllner 93164 Brunn am 8.4.

Bürgermeister Werner Diersch 95367 Trebgast am 9.4.

Bürgermeister Fritz Hörner 91801 Berolzheim am 13.4.

Bürgermeister Konrad Brandmair 85235 Odelzhausen am 13.4.

Bürgermeister Josef Wimmer 83362 Surberg am 13.4.

Bürgermeister Josef Huber 83547 Babensham am 14.4.

Bürgermeister Gerhard Blab 93185 Michelsneukirchen am 15.4.

Bürgermeister Ralf Ledertheil 91438 Bad Windsheim am 16.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dipl.-Ing. Richard Stabl 92439 Bodenwöhr am 7.4.

Bürgermeister Manfred Sporer 82439 Großweil am 13.4.

Bürgermeister Martin Hobmaier 83334 Inzell am 15.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Laurent. O. Mies 87561 Oberstdorf am 6.4.

Bürgermeister Bernd Singer 87642 Halblech am 11.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Neubauer 97837 Erlenbach am 8.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Versicherungskammer Bayern:

Seit 200 Jahren auf Wachstumskurs

Der heutige Konzern zählt zu den Top 10 der deutschen Versicherer

München. „Es soll eine Anstalt für das ganze Reich seyn“, befand König Maximilian I. Joseph Anfang des 19. Jahrhunderts. Dieser Auftrag zur „Centralisierung“ war die Geburtsstunde des heutigen Konzerns Versicherungskammer Bayern. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1811. Damals wurden in Bayern die Brandversicherungsanstalten zur „Allgemeinen Brandversicherungsanstalt“ zusammengefasst. Am 1. Oktober 1811 nahm sie ihre Geschäfte auf.

Heute ist sie in Bayern unter dem Namen Bayerische Landesbrandversicherung bekannt und eines von 15 Versicherungsunternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern. Er gehört zu den zehn größten Erstversicherungsunternehmen in Deutschland, mit einem Beitragsvolumen von über 7 Mrd. Euro, rund 13 Millionen Lebensversicherungs- und Kompositverträgen sowie rund 2,7 Millionen Krankenversicherten.

Von der Königlichen Brandversicherungskammer zur Bayerischen Versicherungskammer

Schon zehn Jahre nach ihrer Gründung versicherte die „Allgemeine Brandversicherungsanstalt“ knapp eine Million Gebäude im rechtsrheinischen Bayern. Am 3. April 1875 verfügte König Ludwig II. per Erlass, dass die bisher regional geführten Verwaltungen zur „Königlichen Brandversicherungskammer“ zusammengelegt und in die Verwaltung des Innenministeriums als zentrale Staatsbehörde überführt wurden. Dies ist ein wichtiges Datum in der Geschichte des öffentlichen Versicherungswesens in Bayern.

Anfangs war die neue Behörde nur für die Verwaltung der Landesbrandversicherungsanstalt bestimmt, im Laufe der Jahrzehnte vereinigte sie immer mehr Anstalten unter ihrem Dach. In den folgenden Jahren wurden weitere Anstalten, beispielsweise die Bayerische Landeshagelversicherungsanstalt – sie war weltweit die erste öffentlich-rechtliche Hagelversicherungsanstalt – und die Viehversicherungsanstalt angegliedert. Die „Königliche Brandversicherungskammer“ sorgte für versicherungswirtschaftliche und soziale Impulse und ist so ein Musterbeispiel dafür, wie sehr der Versicherungsgedanke eines der großen und bestimmenden Leitbilder des späten 19. Jahrhunderts geworden ist.

Zugewinn der Pfalz

Nach den Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden 1815 beim Wiener Kongress die europäischen Grenzen neu gezogen. So kam 1816 die Pfalz als Rheinkreis zu Bayern. 1817 wurde auch in der Pfalz eine Brandversicherungsanstalt für das linksrheinische Gebiet gegründet, die schließlich 1890 mit der Anstalt im rechtsrheinischen Bayern vereinigt wurde.

Am 15. Dezember 1896 wurde die „Königliche Brandversicherungskammer“ in die „Königliche Bayerische Versicherungskammer“ umbenannt. Mit dem Ende der Monarchie in Bayern im November 1918, strich die Versicherungskammer das „Königliche“ aus ihrem Namen und nannte sich ab sofort „Bayerische Versicherungskammer“.

Auf Wachstumskurs

In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts dehnte die Bayerische Versicherungskammer ihr

Tätigkeitsfeld weiter aus. 1921 erfolgte die Gründung des Bayerischen Versicherungsverbands, der alle Zweige der Schaden- und Unfallversicherung umfasst, im Jahr 1922 des Le-



Vorstandsvorsitzender Friedrich Schubring-Giese. □

bensversicherers Bayern-Versicherung. 1926 wurde als „Krankenkasse für Staatsbeamte“ die Bayerische Beamtenkrankenkasse ins Leben gerufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Währungsreform vollzog sich für die Bayerische Versicherungskammer ein stetiger Wandel von der veraltenden Staatsbehörde hin zu einem modernen Wirtschaftsunternehmen. Besonders ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erlebte die Bayerische Versicherungskammer ein stattliches Wachstum: 1978 versicherte der Bayerische Versicherungsverband das 500.000 Kraftfahrzeug und die Bayerische Landesbrandversicherung verwaltete 1980 rund 2,5 Millionen Versicherungsverträge und fast sechs Millionen versicherte Einzelgebäude in Bayern und der Pfalz.

Erfolgreicher Markteintritt in den freien Wettbewerb

Anfang der 1990er Jahre begann sich die Bayerische Versicherungskammer auf die immer schwieriger werdenden Marktbedingungen einzustellen. Es galt den künftigen Entwicklungen auf dem Versicherungs- und Dienstleistungssektor durch die Liberalisierung des EG-Binnenmarktes zu begegnen sowie den Wegfall des Monopols der Landesbrandversicherung zum 1. Juli 1994 zu meistern. Seit 1811 hatte dieses Bannrecht für das Gebäudefeuerungsrisiko bestanden. Im Mai 1994 fiel die Entscheidung, dass sich der Freistaat Bayern vollständig aus den Versicherungsunternehmen der Bayerischen Versicherungskammer zurückzieht.

Neue Eigentümer

Das Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates besiegelte den Verkauf der Versicherungsanstalten der Bayerischen Versicherungskammer durch den Freistaat an den Bayerischen Sparkassen- und Giroverband und den Sparkassen- und Giroverband Rhein-

land-Pfalz für 2,49 Milliarden DM. Dies war die größte Finanztransaktion in der Geschichte der damals 104 bayerischen und 37 pfälzischen Sparkassen.

Seit 1995: Versicherungskammer Bayern

Zum 1. Juli 1995 trat die Holding Versicherungskammer Bayern an die Stelle der bisherigen Bayerischen Versicherungskammer. 1997 nahm die Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG ihre Tätigkeit auf. Mit der Umwandlung der Bayern-Versicherung in eine Aktiengesellschaft und ihrer Eingliederung in den Konzern im Jahr 1999 wurde die Neuordnung vollendet.

Zum 1. Januar 2000 wurden die beiden Krankenversicherer der öffentlichen Versicherer – die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München, und die Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken – zu einer gemeinsamen Krankenversicherungsgruppe unter dem Dach der Consal Beteiligungsgesellschaft zusammenggeführt. Die Krankenversicherungsgruppe ist heute bundesweit die siebtgrößte in Deutschland. Seit 2001 gehört auch Union Reiseversicherung AG zur Consal.

2002 übernahm der Konzern Versicherungskammer Bayern die SAARLAND Versicherungen, 2004 die Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG und die Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und 2005 die Ostdeutsche Versicherung AG. Im

Demografischer Wandel:

Ländlicher Raum braucht Hilfe – jetzt!

von Ernst Hinsken, MdB
Vorsitzender des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik

Die Deutschen werden immer älter und Deutschlands Bevölkerung schrumpft. Laut Prognosen der Bevölkerungsstatistiker sinkt die Einwohnerzahl Deutschlands in den nächsten 20 Jahren um etwa 5%. In Bayern dürfte sie etwa auf dem jetzigen Stand bleiben, allerdings mit großen Verschiebungen.

Vor allem die bayerischen Grenzregionen müssen von 2009 bis 2029 mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen rechnen, z.B.: Oberfranken um 9,2% (Landkreis Wunsiedel sogar minus 20,9%), die Oberpfalz um 3,2% (Landkreis Tirschenreuth sogar minus 14,3%). Niederbayern muss insgesamt nur mit einem leichten Rückgang (1%) rechnen. Den Bayerischen Wald, einen Teil dieses Regierungsbezirks, trifft es aber mit voller Härte. Insbesondere die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau müssen mit einem Minus von 12,5% bzw. 11,1% rechnen.

Verschiebungen im Altersaufbau

Gravierend sind auch Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung. So wächst in diesen Regionen von 2009 bis 2029 nur noch die Gruppe „65plus“: In Oberfranken um 24,5%, in der Oberpfalz um 36% und in Niederbayern um 44%.

Die Gruppe der unter 18-jährigen schrumpft um 23,9% in Oberfranken, um 18,7% in der Oberpfalz und um 17,8% in Niederbayern. Auch die Gruppe der

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem verheerenden Erdbeben und den Zerstörungen durch den Tsunami in Japan ist die Machtlosigkeit gegen die Natur wieder einmal deutlich sichtbar geworden. Unvorstellbares Elend muss die Bevölkerung Japans erleiden. Wir sollten, ja wir müssen uns alle verpflichtet fühlen, alle Hilfsanstrengungen für die Menschen in Japan zu unterstützen. Nur Zuseher kann die Antwort nicht sein.

Auch die weltweite Energieversorgung ist in aller Munde – und wird in Gänze in Frage gestellt. Die nukleare Katastrophe am Kernkraft-

Kommunen gehen in der Energiepolitik seit langem voran

werk in Fukushima zeigt die Gefahren der Kernenergie und die Schwierigkeit, diese Technologie zu beherrschen. Sie versetzt die Bevölkerung in Sorgen und Ängste und zwingt die Politik in Deutschland zum Überdenken der bisherigen Energiepolitik, zwingt zur Überprüfung aller Sicherheitsstandards und zwingt auch zum Handeln und zur Kurskorrektur.

Wobei man nicht vergessen darf: Der Kurs der Erschließung neuer Energiequellen ist bereits seit vielen Jahren eingeleitet. Der Ausweg aus der Übergangstechnologie Kernenergie ist

Jahr 2007 wurden zusammen mit der BayernLB und der MKB Bank Zrt. für die Sparten Komposit und Leben zwei Versicherungsgesellschaften in Ungarn gegründet.

Für die Zukunft bestens aufgestellt

Seit der Privatisierung im Jahr 1995 blickt der Konzern Versicherungskammer Bayern auf ein stolzes Wachstum zurück. Die



beschrieben und wir alle sind dazu auf dem Weg.

Die Kommunen sind seit vielen Jahren Motor und Schrittmacher in der Erschließung neuer Energiequellen: Biogas, Sonne, Geothermie und Wind werden erschlossen, Stadtwerke setzen auf erneuerbare Energien, moderne, dezentrale Versorgungssysteme werden errichtet.

Es gibt kaum eine Kommune, die derzeit nicht im Begriff ist, ein Gebäude oder die Straßenbeleuchtung energetisch zu modernisieren, Energiepotenziale zu untersuchen oder ein Wärmenetz zu errichten. Viele Projekte werden von Bund und Land gefördert.

Aber wie weit sind wir auf diesem Weg? Können wir so schnell aus der Kernenergie aussteigen, wie es momentan gefördert wird? Hilft uns ein nationaler Alleingang? Machen wir uns abhängig von ausländischen Kernkraftwerken entlang der deutschen Grenze? Machen wir unsere Stromnetze instabil? Haben wir auf die Herausforderungen die richtigen Antworten? Es sind dazu noch viele Fragen offen.

Für uns als Kommunen gilt aber noch mehr denn je: Projekte zur Erschließung neuer Energiequellen sind Investitionen in die Zukunft. Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und müssen Innovationsmotor bleiben. Wir brauchen aber Technologien zur Speicherung von Energie und vor allem: Wir dürfen das Energiesparen nicht vergessen.

Ihr Stefan Rößle
Landrat, KPV-Vorsitzender

buchten Bruttobeiträge stiegen von 1995 bis 2010 von knapp 2 Mrd. Euro auf über 7 Mrd. Euro. Der Kapitalanlagenbestand verdreifachte sich von 12,2 Mrd. Euro auf 37,6 Mrd. Euro und die Anzahl der Mitarbeiter verdoppelte sich von knapp 3.000 auf heute rund 6.500. Damit liegt der Konzern als größter öffentlicher Versicherer bundesweit auf Platz 8 der Erstversicherer. Als Regionalversicherer ist er Marktführer in Bayern und der Pfalz. □

städte Regensburg und Ingolstadt als auch Landshut (Einzugsbereich München) können mit deutlich wachsender Bevölkerung (bis zu 10%) rechnen. Auch der Alterungsprozess ist hier nicht so deutlich ausgeprägt wie in den ländlichen Regionen. Die starken Regionen gewinnen damit Entwicklungspotential, Standortattraktivität, Dynamik. Dadurch werden sich die Unterschiede insbesondere zwischen den Ballungsregionen und peripheren ländlichen Regionen noch weiter vergrößern.

Die Politik muss sich einer solchen Entwicklung entgegenstellen. Zuallererst steht das Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Grundgesetz. Ziel muss dabei sein, das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stärken, in dem die Wachstumsreserven auch in ländlichen Regionen ausgeschöpft und Überlastungen der Ballungsräume vermieden werden. Nicht zuletzt muss politische Radikalisierung und gesellschaftliche Destabilisierung in Teilregionen vermieden werden. Schnelles und umfassendes Handeln ist geboten.

Koalitionsvertrag: Vielfalt erhalten

Die Bundesregierung muss ihre Koalitionsvereinbarung vom 26.10.2009 umsetzen. Darin heißt es: „Wir wollen die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten sowie deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Wir werden insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Regionen ausbauen und verstärken gemeinsam zielorientiert einsetzen.“ Konkrete, realistische Schritte müssen das umsetzen, soll es nicht ein „Papiertiger“ bleiben. Aktuell und eine zwingende Notwendigkeit ist z.B. der Weiterbestand von Garnisonen in strukturschwachen Regionen.

Die Bayerische Staatsregierung sollte – gemeinsam mit den Regionen – ein integriertes Entwicklungskonzept für die vom demografischen Wandel beson-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Stabilisierung und...

(Fortsetzung von Seite 1)

die Präsidentin die Thüga-Gruppe, in der sich rund 100 Unternehmen zum größten Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland zusammengeschlossen haben.

Wie das Städtetags-Präsidium darlegte, erwarte es von der Bundesregierung, dass Vertreter der Städte und der kommunalen Unternehmen an der von der Bundeskanzlerin angekündigten Expertengruppe beteiligt werden. „Denn gerade die Kommunen und ihre Unternehmen treiben den Einsatz erneuerbarer Energien voran“, so Petra Roth.

Städtebauförderung

Was die Städtebauförderung anbelangt, so appellierte der Deutsche Städtetag an Bundesbauminister Ramsauer, diese für 2012 nicht erneut drastisch zu kürzen, sondern mindestens auf dem Niveau von 2010 mit 535 Millionen Euro zu erhalten. Angesichts der vom Bundeskabinett beschlossenen Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012 stehe zu befürchten, dass die Städtebauförderung nach einer erheblichen Kürzung im Jahr 2011 auf 455 Millionen Euro erneut drastisch reduziert werden soll. Laut Städtetags-Vizepräsident Christian Ude „hilft gerade das Programm ‚Soziale Stadt‘, benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren und in Integration und den lokalen Arbeitsmarkt zu investieren“.

Dieses erfolgreiche Programm für eine integrierte Stadtentwicklung stünde durch eine weitere Kürzung endgültig vor dem Aus. Zudem würden dringend notwendige Zukunftsinvestitionen komplett ausgebremst, die helfen, Stadtquartiere familien- und altengerecht umzubauen und energetisch zu optimieren und allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. „Das ist Sparen an der falschen Stelle“, machte der Münchner Oberbürgermeister deutlich.

Mit Blick auf das Thema Finanzmärkte betonte Ude, dass beim Konsolidierungsprozess der Landesbanken der Schutz der kommunalen Sparkassen unbedingt Vorrang vor einer Bestandssicherung einzelner Landesbanken haben müsse: „Die

Sparkassen haben sich im Drei-Säulen-System des deutschen Bankenmarktes in der Finanzkrise als stabilisierendes Element bewährt und genießen völlig zu Recht das besondere Vertrauen der Menschen in unserem Land. Die dringend notwendige Konsolidierung der Landesbanken darf deshalb keinesfalls die Sparkassen gefährden.“

Durch die tief greifende Krise auf den Finanz- und Bankenmärkten sei der lange bekannte Konsolidierungsbedarf bei den Landesbanken besonders deutlich geworden. Die Abhängigkeit der Landesbanken von hoch riskanten Finanzgeschäften müsse in Zukunft verringert werden. Dies könne aber nur gelingen, wenn die Kapazitäten der Landesbanken durch eine Zusammenführung von Instituten auf die tatsächlich im Markt benötigten Größenordnungen reduziert und die Geschäftsmodelle der Landesbanken stabilisiert würden. „Die Sparkassengruppe insgesamt kann nur gestärkt werden, wenn wir zu effizienten Strukturen im Landesbankensektor kommen“, stellte Ude klar.

Wettbewerbsverzerrungen

Nachdrücklich warnte der Deutsche Städtetag davor, Finanzierung- und Haftungslasten für die Landesbanken auf die ohnehin äußerst angespannten städtischen Haushalte oder die kommunalen Sparkassen abzuwälzen. Auch müssten Wettbewerbsverzerrungen im Bankenmarkt zum Nachteil des öffentlichen Bankensektors verhindert werden. Wie Ude bemerkte, hätten die Sparkassen mit ihren Beiträgen zu den Rettungssaktionen für die Landesbanken bewiesen, dass sie ihrer Verantwortung als Miteigentümer der Landesbanken gerecht würden. Bei allen künftigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Neustrukturierung des Bankenmarktes müsse vor allem den berechtigten Interessen der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Sparkassen Rechnung getragen werden.

Wie existenziell notwendig wiederum eine spürbare Entlastung bei den Sozialausgaben der Städte durch den Bund ist,

machen nach Auffassung des Deutschen Städtetages die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinanzien im Jahr 2010 deutlich.

Ernstes Finanzlage

Hierzu erklärte Präsidentin Roth: „Die Finanzlage vieler Städte bleibt sehr ernst. Das Defizit der Kommunen stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr an – auf 7,7 Milliarden Euro. Doch der wirtschaftliche Aufschwung hat uns geholfen, so dass schlimmere Befürchtungen glücklicherweise nicht Realität geworden sind. Vor dem Hintergrund der hohen Soziallasten ist es wichtig und hilfreich, dass Bundestag und Bundesrat vereinbart haben, die Kommunen schrittweise um die stetig steigenden Ausgaben der Grundsicherung im Alter zu entlasten und diese ab 2013 komplett zu übernehmen. Damit wird die Finanznot der Städte nicht beseitigt, aber in Zukunft in jedem Fall verringert.“ Die kommunalen Sozialausgaben sind im

Ländlicher Raum...

(Fortsetzung von Seite 3)

ders betroffenen ländlichen Regionen erstellen. Erforderlich sind konkrete Maßnahmen und Projekte aus den wichtigsten raumwirksamen Politikbereichen wie Verkehrspolitik, Forschungs- und Innovationspolitik, Bildungspolitik, Finanzpolitik (Finanzausgleich), Regionalpolitik und Agrarpolitik.

• Auch die betroffenen Regionen sind in der Pflicht und sollten sich verstärkt und zielgerichteter mit Lösungsansätzen für die demografischen Regionalprobleme befassen. Erfreulich ist, dass demnächst mehrere Kreise mit gleich gelagerten Problemen gemeinsam Regionalkonferenzen durchführen. Das Ziel ist richtig, die in den Regionen Verantwortlichen an einen Tisch zu bringen und für dieses Thema zu mobilisieren, gemeinsam nach konkreten Lösungsansätzen zu suchen und umsetzbare Projekte festzulegen, einem längeren Prozess der Beschäftigung mit den demografiebedingten Problemen einen institutionellen Rahmen zu geben.

Fünf vor zwölf für den ländlichen Raum: Jetzt handeln!

Der demografische Wandel lässt sich von der Politik kaum aufhalten. Aber seine Folgen sind beherrschbar. Ich denke, die Zeit, in der wir über die Probleme bloß sprechen und klagen, sollte vorbei sein. Es ist höchste Zeit, gemeinsam konkrete Problemlösungen zu erarbeiten und entsprechend zu handeln.

Der Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ wird unter meiner Leitung am 4. April 2011 einen Kongress zum Thema „Zukunft der strukturschwachen und ländlichen Räume“ im Reichstag in Berlin durchführen. Der Kongress findet vor dem Hintergrund der Diskussion um die europäische Kohäsionspolitik nach 2014 statt. Bei deren Ausgestaltung nach 2014 ist insbesondere darauf zu achten, dass die Bundesrepublik Deutschland in der EU-Regionalförderung bleibt, das beihilferechtliche Fördergefälle innerhalb Europas reduziert sowie die besondere Situation der Grenzregionen durch EU-Sonderzuweisungen berücksichtigt werden.

Zudem müssen Staat und Wirtschaft an einem Strang ziehen und die Bedingungen schaffen, damit auch vor dem Hintergrund der dramatischen demografischen Veränderungen die ländlichen Räume nicht von den

vergangenen Jahr weiter um 4,5 Prozent auf einen Rekordwert von 42,1 Milliarden Euro angestiegen.

Als erfreulich bezeichnete Roth den Anstieg der Gewerbesteuer um 7,7 Prozent im vergangenen Jahr. Damit werde bestätigt, dass die Gewerbesteuer eine gute Steuer ist, die sich nach einer Krise schnell erhole, auch wenn das Gesamtaufkommen 2010 noch unter dem Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise liege.

Pflichtaufgaben

Mit Blick auf das laufende Jahr meinte die Städtetagschefin: „Viele Kommunen werden auch in diesem Jahr ihre Pflichtaufgaben nicht ohne neue Schulden erfüllen können. Deshalb müssen wir erreichen, dass Bund und Länder dauerhaft keine weiteren Belastungen der Kommunen ohne Ausgleich beschließen.“ Zudem werde eine stärkere, verlässliche Beteiligung der Kommunen an der Kostenfolgenabschätzung von Gesetzen benötigt. **DK**

Metropolregionen abgehängt werden. Dabei geht es u.a. um die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von wissenschaftlichen Einrichtungen, die ärztliche Versorgung, die Verkehrsinfrastruktur sowie die dringend erforderlichen Breitbandanschlüsse als auch um den Tourismusausbau. Ziel muss sein, dass junge, gut ausgebildete Mitbürger auch in ländlichen Regionen ihre Zukunft sehen.

Regionale Wirtschaftspolitik

Diese Themen möchte der UA „Regionale Wirtschaftspolitik“ mit Politikern, Wissenschaftlern, Sachverständigen und Verbandsvertretern diskutieren. Zu den Teilnehmern gehören u.a. die Regierungspräsidenten, Landräte, Kreisdirektoren, Bürgermeister, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern, die sich in der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ befinden, sowie der Deutsche Landkreis- und Deutsche Städtetag und Spitzenvertreter des Deutschen Bauernverbandes. **□**

Wirtschaftsfreundliches...

(Fortsetzung von Seite 1) der städtischen Verwaltung konnte die Stadt Cham weiter bei den Juroren punkten.

Zukunftsorientierung

Bestes Beispiel für die besondere Wirtschaftsfreundlichkeit und zukunftsorientierte Aufstellung der Stadt Cham sei der Technologie Campus Cham. Er füge sich als modernes, attraktives Forschungs- und Entwicklungszentrum ideal in die regionale Industrielandschaft des Landkreises ein.

Tradition und Fortschritt

Ein weiterer Preisträger, die Gemeinde Wolfertschwenden aus dem Regierungsbezirk Schwaben, zeichnet sich mit ihren rund 1.850 Einwohnern unter anderem dadurch aus, dass Tradition und Fortschritt in Einklang gebracht würden, so die Jury. Trotz ihrer überschaubaren Größe verfüge die Gemeinde über eine sehr gute Infrastruktur, biete einen attraktiven Wohn- und Gewerbestandort und vor allem eine wirtschafts- und bürgernahe Kommunikation auch direkt mit dem Ersten Bürgermeister Karl Fleschhut. Exemplarisch für eine bürgernahe Politik sei in Wolfertschwenden ein

Bayerns Gemeinden und Städte gehen voran:

Energieplanung, Klimaschutz und Wertschöpfung

Bayerns Städte und Gemeinden sind in punkto kommunaler Klimaschutz und Energiekonzepte im Aufbruch. Es gibt kaum eine Kommune, die derzeit nicht im Begriff ist, ein Gebäude oder die Straßenbeleuchtung energetisch zu modernisieren, Energiepotenziale zu untersuchen oder ein Wärmenetz zu errichten.

Im Fokus steht die Überzeugung, dass Klimaschutz durch Projekte vor Ort Wirklichkeit wird und weniger fossile Energie mehr regionale Wertschöpfung bedeutet.

Dokumentation

Da sich viele Städte und Gemeinden in einer Pionierphase befinden, tut Orientierung Not. Der Bayerische Gemeindegtag hat mit seiner Dokumentation zur Landesversammlung 2010 Handlungsmöglichkeiten systematisiert. Der Bayerische Städtetag wird seine Jahrestagung am 20./21. Juli 2011 unter dem Motto „Lokal handeln – Klimaschutz in der Stadt“ vor allem den Themen Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität widmen.

Regionale Veranstaltungen

Fünf regionale Informationsveranstaltungen sollen Themen, die derzeit für die Gemeinden und Städte wichtig sind, beleuchten: Kommunale Klimaschutzkonzepte als Handlungsbasis, den Energie-Atlas Bayern als Servicetool, Nahwärmenetze als kom-

munale Infrastrukturaufgabe und die energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung.

Allianz

Dafür sind der Gemeindegtag und der Städtetag mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, dem bifa Umweltinstitut und dem C.A.R.M.E.N. e.V. eine Allianz eingegangen. Als regionale Beratungspartner sind die Energieagenturen von Schwaben (eza), von Chiemgau/Inn/Salzach und Nordbayern im Boot:

- 16.05.2011: Rathausgastronomie, Kirchstraße 1 a, 93092 Barbing
 - 24.05.2011: Kurhaus Bad Wörishofen, Hauptstraße 16, 86825 Bad Wörishofen
 - 27.05.2011: Bürgersaal zur Post, Kirchenplatz 1, 85540 Haar
 - 01.06.2011: Kurhaus Eventzio, Rotherstr. 57, 95460 Bad Berneck
 - 06.06.2011: Stadthalle Treuchtlingen, Jahnstrasse 14, 91757 Treuchtlingen
- Beginn ist jeweils um 9.30 Uhr, Ende um ca. 13.30 Uhr. **□**

22 Millionen Euro für Jugendarbeit

„Auf Initiative der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat der Haushaltsausschuss die Mittel für die Jugendarbeit um 750.000 Euro erhöht. Somit kann das Niveau des Vorjahres von gut 22 Millionen Euro gehalten werden“, erklärte Josef Zellmeier, jugendpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion. „Damit unterstreicht die Regierungskoalition die Bedeutung der Jugendarbeit und unterstützt das Ehrenamt.“

Zellmeier bezeichnete die zusätzlichen Mittel auch als positives Startsignal für den neuen Präsidenten des Bayerischen Jugendrings (BJR), Matthias Fack. 200.000 Euro bedürfen der Freigabe durch den Haushaltsausschuss zur Sicherstellung einer sparsamen Haushaltsführung beim BJR, wie sie vom Obersten Rechnungshof angemahnt wurde. **□**

Keine Rosinenpickerei ...

(Fortsetzung von Seite 1)

private Entsorgungsunternehmen mit der Verwertung beauftragen.

3. Die private Entsorgungswirtschaft kann im Rahmen von gewerblichen Sammlungen auch selbstständig getrennt gesammelte Abfälle aus Haushalten einsammeln. Der Begriff der „gewerblichen Sammlung“ wird nunmehr durch eine neue Begriffsbestimmung im Referentenentwurf eingeführt.

4. Eine gewerbliche Sammlung kann wie bisher begrenzt oder untersagt werden, wenn „überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen“. Allerdings wird dieser Begriff nun unter Anlehnung an das EU-Recht und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs präzisiert. Überwiegende öffentliche Interessen stehen einer gewerblichen Sammlung insbesondere dann entgegen, wenn die gewerbliche Sammlung die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gefährdet.

5. Der Referentenentwurf sieht weiterhin eine Anzeige mit Wartezeit für gewerbliche Sammlungen vor. Eine Anzeige stellt im Vergleich zu einer Erlaubnis ein wesentlich milderer Mittel dar, da ihr keine Verbotsfunktion zukommt und die Sammlung nach Ablauf der Frist ohne ein Tätig-

werden der Behörde erlaubt ist.

6. Der (neutralen) Behörde wird die Möglichkeit gegeben, auf Grundlage der Anzeige dem Sammler eine Mindestsammelfrist (mindestens ein Jahr) vorzugeben. Wird die Sammlung vorzeitig eingestellt, kann die - nun für die Sammlung - einstandsspflichtige Kommune die Erstattung ihrer Mehraufwendungen vom Sammler verlangen. Dieser Anspruch kann gegen Insolvenzenrisiken durch eine Sicherheitsleistung abgesichert werden.

Orientierung am Klima- und Ressourcenschutz

Mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz soll das deutsche Abfallrecht stärker am Klima- und Ressourcenschutz ausgerichtet, rechtssicherer gestaltet und durchgreifend modernisiert werden. Um das Ressourcenpotenzial werthaltiger Abfälle aus privaten Haushalten effektiver und hochwertiger zu nutzen, schafft der Gesetzentwurf die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer „Wertstofftonne“, mit der Verpackungen und stoffgleiche Nicht-Verpackungen gemeinsam erfasst und dem Recycling zugeführt werden sollen. Die Zuständigkeit kommunaler und privater Entsorgung soll klarer ausgestaltet werden. **DK**

der Fragestellung. Das Service Center im Rathaus fungiert beispielsweise als Innenstadtbüro der Stadtwerke, Anlaufstelle für Unternehmer und Existenzgründer, Beschwerdecenter und hält allgemeine Informationen für Bürger und Besucher bereit. Durch das Bürgerbüro des Landratsamtes stehen direkt in Waldkraiburg Ansprechpartner aus Bereichen wie beispielsweise dem Amt für Jugend und Familie, dem Gesundheitsamt und der BAföG-Stelle bereit. Bereitschaft zum Dialog ist in Waldkraiburg außerdem auch Chefsache: In Bürgersprechstunden und Stadtteilgesprächen steht Ratshauschef Klika den Bürgern persönlich zur Verfügung.

Persönlicher Kontakt

Zudem stehen das Stadtoberhaupt und Wirtschaftsförderer Markus Stern in ständigem persönlichem Kontakt zu den Waldkraiburger Unternehmen. Die Entscheider der Wirtschaft können so Probleme unbürokratisch ansprechen und Aktionen gemeinsam mit der Stadt planen. Messeauftritte, beispielsweise auf der Münchner Freizeit- und Reisesmesse f.re.e. und der Regionalmesse INN, sorgen für eine weite Bekanntheit Waldkraiburgs als moderner Wirtschaftsstandort. **DK**

E-Plus Gruppe:

Selbstständige Zukunft

Zahlreiche Sendemasten versorgen in Deutschland die Kunden der E-Plus Gruppe mit einem flächendeckenden und störungsfreien Mobilfunknetz. Um auch in diesem Bereich einen Beitrag zur Reduzierung von Emissionen zu leisten, investiert das Unternehmen in eine Zukunft, in der die Umwelt im Mittelpunkt steht. Mit nachhaltigen Technologien plant der Mobilfunk schon heute das Netz von morgen.

In einem Pilotprojekt in Vermold entsteht in Zusammenarbeit mit Nokia Siemens Networks die erste energieautarke Sendestation Deutschlands. Solaranlage und Windkraftspeicher speichern und erzeugen dabei Energie für einen selbstständigen Betrieb. Die regenerativen Energieträger haben bei der Sendeanlage Beispielcharakter. Auf diese Weise legt die E-Plus Gruppe den Grundstein für ein umweltfreundliches und nachhaltiges Mobilfunknetz, von dem auch die Politik überzeugt ist.

Teil der Initiative NIP

Die Bedeutung dieses innovativen Energiekonzepts wurde nicht zuletzt beim Richtfest deutlich, an dem unter anderem der Umweltminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Remmel, teilnahm. Das Ministerium unterstützt das Pilotprojekt als Teil der Initiative „Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“ (NIP).

Sendemast unabhängig vom Stromnetz

Die Technik im ersten energieautarken Mobilfunkmast ist vergleichbar mit einem Hybridmodell wie es von der neuen Automobilgeneration bekannt ist. Neben Photovoltaik und Windkraft sorgen Brennstoffzellen für eine regenerative Versorgung des Standortes. Die Sonnenenergie wird hierbei auf

einem sogenannten Solartracker in 50 Quadratmeter Solarzellen gespeichert. Durch die Ausrichtung der Zellen nach dem Sonnenverlauf erhöht sich insbesondere in den Wintermonaten der Ertrag der Solarzellen erheblich.

Controller als Herzstück

Die Windkraft wird durch ein vertikales Windrad auf dem Antennenträger gewonnen. Dabei sorgen innovative und mechanische Anpassungen am Rad für eine optimale Verbindung zum Antennenträger, so dass mehr Energie als bei üblichen horizontalen Windrädern erfasst wird. Für den Fall einer Unterversorgung durch Wind und Sonne speist eine Wasserstoffflasche die aus zwei Blöcken à 2,5 kW bestehende Brennstoffzelle. Herzstück der innovativen Stromversorgung ist ein Controller, der die drei Lieferanten steuert.

LTE-Aspekt

Auch unter dem Aspekt der zukünftigen breitbandigen Mobilfunktechnik (LTE) ist die Entwicklung energieautarker Standorte wichtig. Besonders für ländliche Regionen gewinnt ein steigender Bedarf an unabhängigen Energieversorgungssystemen für Sendestationen zunehmend an Bedeutung, da die Nutzung von datenintensiven Anwendungen stetig steigt. Energieeffiziente, stromnetzunabhängige Mobilfunkstationen sind die Antwort auf die Frage nach der

Start mit innovativem Energiekonzept ins neue Jahr

Die E-Plus Gruppe hat in Kooperation mit Nokia Siemens Networks in Vermold mit dem Bau der deutschlandweit ersten Sendestation begonnen, die komplett energieautark arbeitet. Dadurch wird der Grundstein für klimaneutrale Netztechnik gelegt. Der Strom wird vor Ort durch Sonnenenergie, Windkraft und Brennstoffzellen produziert.

Zeichen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und Treibhausgasen

Zur Zeit werden noch etwa 85 Prozent des Energiebedarfs eines Mobilfunknetzes für das Netz benötigt. Mit dem geplanten energieautarken Mobilfunkstandort kann folglich ein Zeichen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und Treibhausgasen gesetzt werden: „Mit dem innovativen Energiekonzept zeigen wir, wie Mobilfunknetze der Zukunft klimaneutral arbeiten könnten“, erklärt Rafal Markiewicz, Chief Technology Officer der E-Plus Gruppe.

Die Relevanz des Projektes wird auch von der Politik bestätigt: So wurde für das Pilotprojekt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Förderung im Rahmen der von 2008 bis 2016 laufenden Initiative „Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“ in Aussicht gestellt.

In Betrieb gehen wird der erste klimafreundliche Standort Deutschlands im ersten Quartal 2011. Weitere autarke Standorte werden heuer folgen. Somit wird ein Zeichen für klimafreundliche Mobilfunktechnik gesetzt. □

Handhabe mit dieser Entwicklung.

Klimaschutz steht an erster Stelle

Das Projekt ist eines von verschiedenen umweltorientierten Vorhaben der E-Plus Gruppe. Bei der Effizienzsteigerung des Netzes steht für den Mobilfunkanbieter der Schutz des Klimas an erster Stelle. Auch deshalb soll mit dem neuen Sendestandort unter Praxisbedingungen gezeigt werden, dass mit autarker Energieversorgung ein CO₂-neutraler Betrieb einer Mobilfunkanlage möglich ist. Die Kombination von regenerativen Energien mit einer Brennstoffzelle im Zusammenhang mit der Versorgung einer Mobilfunkanlage ist bisher weltweit kaum erprobt. Die E-Plus Gruppe möchte dies ändern und mit

ihrem Pilotstandort einer zukunftsweisenden Technologie zum Erfolg verhelfen. „Dieser neue Sendemast kann als Prototyp betrachtet werden. Bewährt er sich, ist eine flächendeckende Umsetzung geplant.“

Teil der Strategie

Das dahinter stehende Konzept ist Teil unserer aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie“, gibt Rafal Markiewicz, Chief Technology Officer bei der E-Plus Gruppe, einen Einblick in die Pläne für das Mobilfunknetz der Zukunft. □

Neues Hochleistungs-Breitbandnetz in Buchdorf

LEW TelNet und M-net setzen Breitband-Projekt um

Bürger und Unternehmen in Buchdorf verfügen künftig über Höchstleistungsanschlüsse ans Internet: Bürgermeister Georg Vellingner übergab den Auftrag für Bau und Betrieb eines Hochleistungs-Breitbandnetzes in der Gemeinde an die Geschäftsführer der Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet und M-net, die das Projekt gemeinsam umsetzen. Der Freistaat Bayern fördert das Projekt im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau des neuen Breitbandnetzes beteiligen sich außerdem die Gemeinde sowie die beiden Unternehmen.

Für das Breitband-Projekt wird LEW TelNet in Buchdorf neue Glasfaser- und Kupferleitungen verlegen. Sie verbinden künftig die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz von LEW TelNet und ermöglichen so die hohen Übertragungsraten. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich im 3. Quartal.

M-net investiert in technisches Equipment zur Realisierung der innovativen VDSL-Technik. Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net in Buchdorf hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s – ein Vielfaches dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag – sowie Telefoniedienste bereitstellen.

„Bisher kamen Unternehmen und Haushalte in Buchdorf nur im Schnecken tempo ins Internet – das wird sich nun endlich ändern“, sagte Bürgermeister Georg Vellingner. „Für uns ist das ein wichtiger Schritt, denn die Standortattraktivität hängt heute entscheidend von der Internetanbindung ab. Mit dem Glasfasernetz verfügen wir über eine zukunftssichere Infrastruktur.“

LEW TelNet setzt bereits 35 Breitband-Projekte in der Region um, von denen fünf bereits in Be-

trieb sind und weitere in diesem Jahr in Betrieb gehen. „Wir binden hier, wie auch bei unseren anderen Projekten, die Gemeinde über Glasfaserleitungen ans Internet an. Diese Infrastruktur erlaubt höchste Bandbreiten und erfüllt hinsichtlich der Übertragungskapazität alle Anforderungen der kommenden Jahre“, so LEW TelNet-Geschäftsführer Clemens Hecker. „Buchdorf hat sich damit für ein zukunftssicheres Konzept zur Breitbandanbindung entschieden. Die Basis für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur wird mit diesem Projekt geschaffen.“

„Mit den künftig verfügbaren kombinierten Telefon- und Internetanschlüssen katapultieren wir die Bürgerinnen und Bürger von Buchdorf in eine neue Dimension der digitalen Welt. Ob Musik-Download, Video-on-Demand oder auch die Durchführung von onlinebasierten Bildungsmaßnahmen – beinahe grenzenlos sind die künftig einfache und bequem zu realisierenden Einsatzmöglichkeiten“, so Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net. „Auch Freiberufler und Unternehmen können mittels des neuen Breitband-Internetzugangs entscheidende Wettbewerbsvorteile generieren.“ □

Für Gemeinden und Gebietskörperschaften:

Kartografie und interaktive Karten mit CMS-Systemen

Die Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften macht eine der Haupttätigkeiten des Ingenieurbüros MA-KartoSystems aus. Neben vielen neuen und bedeutenden Innovationen im Bereich der Internetkartografie wie z. B. 3D-Darstellungen und Content-Management-Systemen für die eigenständige und unabhängige Administration der interaktiven Kartenwerke bietet das Ingenieurbüro seit Neuestem exklusiv für Gebietskörperschaften seine Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Internet-Stadtpläne auch nach dem Baukastenprinzip an.

Dies ermöglicht somit der Gebietskörperschaft, ihre eigenen Kompetenzen mit einzubringen. Somit kann beispielsweise die Gemeinde bereits vorhandene eigene Kartengrundlagen in die Software laden und erwirbt lediglich eine kostengünstige Lizenz der Software.

Neuartige Funktionen

Das Content Management Systems MA-GeoFlashMap 2.0 Professional bietet der Gebietskörperschaft die Möglichkeit

der Eigenverwaltung des interaktiven Stadtplans mit völlig neuartigen Funktionen für Präsentationsmöglichkeiten des „Besonderen“ und der „Corporate Identity“ der jeweiligen Region.

Attraktive Präsentation

Dadurch wird es der Gemeinde ermöglicht, beispielsweise ortsansässige Gewerbebetriebe, Sehenswürdigkeiten, Grundstücks- und Baulandinformationen, Wanderwege, etc. auf eine attraktive Art und Weise auf ih-

rer Webpage zu präsentieren. Durch die Möglichkeit, mehrere Texturen zu integrieren, können auch Luftbilder, Landschafts- und Flächennutzungspläne attraktiv online gestaltet werden. Aufgrund des hochmodernen CMS sind für die Dateneinpflege seitens des Administrators keinerlei Programmierkenntnisse erforderlich.

Hochwertige Produkte

Insbesondere für Tourismusgemeinden in montanen Regionen oder im Flachland kann sich der potentiell Interessierte schon mittels des Mediums „Interaktive Karte“ über fremdenverkehrsrelevante Einrichtungen und Strukturen (z. B. Wege für Skisport, Wandern, Nordic Walking, Gastronomie und Hotellerie, etc.) informieren. Natürlich steht auch das erwähnte Produktangebot in Form professioneller, hochwertiger kartografischer analoger Produkte (Faltpäne, Informationstafeln für Ortseingänge, thematische Karten usw.) zur Verfügung.

Bei Interesse an einer Testlizenz des Content Management Systems MA-GeoFlashMap 2.0 Professional gibt es nähere Informationen unter: Ingenieurbüro MA-KartoSystems, Duxer Straße 4c, 84478 Waldkraiburg, Tel.: 0049/8638881668.

Internet: www.ma-kartografie.de oder www.ma-kartosystems.de



Referenzbeispiel Gemeinde Oberbergkirchen: Attraktive Online-Präsentation von z. B. Grundstücks- und Baulandinfo, Wanderwegen, Sehenswürdigkeiten, etc. □

KPMG
cutting through complexity™

14. BAYERISCHES FORUM FÜR KOMMUNALE UNTERNEHMEN

Krankenhaus – Quo vadis?

14. April 2011 in Nürnberg

Gastreferent: **Dr. Markus Söder**, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit

Welche politischen Vorgaben kommen auf Krankenhäuser zu? Wie sind Bayerns Krankenhäuser aufgestellt? Welche Chancen bieten Verbundlösungen? Diskutieren Sie aktuelle Herausforderungen im Kreise von Experten und Kollegen!

Programm & Anmeldung:

www.kpmg.de/Forum_kommunale_Unternehmen.html

Ihr Ansprechpartner für fachliche Fragen:

Arnd Bühner
KPMG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
T 0911 80092-9931
abuehner@kpmg-law.com

In Kooperation mit dem
Lehrstuhl für Gesundheitsmanagement
Universität Erlangen-Nürnberg



© 2011 KPMG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, assoziiert mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einem Mitglied des KPMG-Netzwerks unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International, einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.



Fachgespräche der bec-Entwickler.

Mehr als nur Software

Seit 1994 ist die bec kommunal Software GmbH einer der führenden Hersteller von Softwarelösungen im Bereich der Bau- und Liegenschaftsverwaltungen mit grundstücksbezogenem Schwerpunkt. Zu den Kunden zählen neben den bundesweit ca. 500 Kommunalverwaltungen und Zweckverbänden auch die Privatwirtschaft, mehr als 1500 Anwender nutzen die bec Fachapplikationen.

Entwickelt wird auf marktgängigen Plattformen bevorzugt mit Visual C++ und C# von Microsoft. Browserbasierte Lösungen für das Intranet und Internet entstehen unter Microsoft .Net in C# und mit Verwendung der WPF.

Datenbankbasierte Lösungen werden mit Oracle, dem MS SQL-Server oder auf MS Access realisiert. Um die Produktpalette des Hauses bec kommunal innovativ und zukunftssicher zu gestalten, wurde die Entwicklungsabteilung um drei neue Mitarbeiter vergrößert. Hier hatte das Unternehmen Glück, ein bereits eingespieltes Entwickler-Team von einem anderen Softwarehaus mit gleichem Produktschwerpunkt übernehmen zu können. Die neuen Mitarbeiter bringen somit viel Erfahrung und Wissen über diese fachspezifische Software mit, Herr Frank Mittelstaedt wirkte in diesem Bereich jahrelang als Entwicklungsleiter und technischer Direktor.

Regelmäßige Schulungen

Das bec-Support-Team, das die Vorgänge in den Bau- und Liegenschaftsämtern genau kennt, sorgt für Unterstützung der Anwender im Umgang mit den Programmen und bietet an drei Standorten in Bayern regelmäßig Schulungen an. Mit dem Serviceangebot „becCheck“ überprüfen die Support-Techniker den Arbeitsplatz vor Ort beim Kunden auf Herz und Nieren. Softwareanwendungen und besonders Datenbankanbindungen sollten regelmäßig kontrolliert und gewartet werden, bevor ein Problem auftritt. Beson-

deres Augenmerk ist hierbei auf die Verfügbarkeit und Sicherheit der Daten zu richten. Auch bei der Datenbankumstellung von MS Access® auf Oracle® oder MS SQL Server® bieten die bec-Mitarbeiter Unterstützung an.

Wachsende Nachfrage besteht von Seiten der Kunden an dem umfassenden Dienstleistungsangebot des Softwarehauses. Viele Verwaltungsgemeinschaften und Kommunen nutzen die Möglichkeit, größere Abrechnungsprojekte komplett durch die bec kommunal Software GmbH abwickeln zu lassen. Die Firma übernimmt den gesamten Prozess - von der Datenübernahme und -aufbereitung, Bescheiderstellung bis hin zum Versenden der Bescheide. Gerade wenn die Verwaltung mit zeitlichen oder personellen Engpässen zu kämpfen hat, ist das Outsourcen von solch umfangreichen Projekten sinnvoll und hilfreich. Bei bec kommunal sind die Daten in fachkundigen und sicheren Händen.

Maßgeschneiderte Lösungen

„Service wird immer wichtiger. Wir als Softwareunternehmen waren schon von jeher auch Dienstleister - viele Kunden benötigen Anpassung der bestehenden Software an ihre individuellen Bedürfnisse und maßgeschneiderte Speziallösungen. Dass wir unsere Kunden auch ganz direkt bei ihren täglichen Aufgaben unterstützen und sie dadurch in Spitzenzeiten entlasten können, gehört für uns zu einem rundum gelungenen Service dazu“, betont Winfried Behrendt, Gründer und einer der beiden Geschäftsführer des Unternehmens. □

Baar-Ebenhausen:

Leistungsfähigere Verwaltung

Die Gemeinde Baar-Ebenhausen im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm hat eine umfassende Erneuerung ihrer EDV-Anlage und ihrer Verwaltungssoftware beschlossen. Die mit diesem ehrgeizigen Großprojekt beauftragte AKDB hat mit den Verantwortlichen vor Ort einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet.

Die vorhandene Anlage soll durch ein moderneres und leistungsfähigeres System ersetzt werden. Neben den 14 PC-Arbeitsplätzen wird eine hoch ausfallsichere Technik auf Basis von

Servervirtualisierung eingesetzt, die auch im Notfall den reibungslosen Betrieb garantiert.

Die vorhandene Anlage war besonders bei der Einführung des neuen Personalausweises an ihre Grenzen gestoßen. Gleichzeitig wird mit Finanzwesen Zentral Dialog eine moderne Finanzsoftware eingeführt, die den Einstieg in die elektronische Belegarchivierung beinhaltet. Ein weiterer Baustein ist ein Dokumentenmanagement-System mit elektronischen Akten, das platzraubende Aktenarchive weitgehend überflüssig machen wird. □



Ludwig Wayand (r.), Bürgermeister der Gemeinde Baar-Ebenhausen und AKDB-Geschäftstellenleiter Georg Göbl bei der Unterzeichnung des Vertrags.

Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen:

Lohnende Umstellung auf Doppik

Eine Studie des Deutschen Städtetags und der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC zur Einführung der Doppik im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen zeigt: Die Reform ist in den Städten in vollem Gang. Mit der Doppik zieht mehr Transparenz in die Finanzen der Kommunen ein. Mit aller Deutlichkeit tritt deshalb die dramatische Finanzsituation vieler Städte zutage.

Allerdings ist laut Studie das Ziel der Reform - Kommunen mit betriebswirtschaftlichen Ansätzen nachhaltiger und wirkungsorientierter zu steuern - oftmals noch nicht erreicht. Ohne klare Vorgaben aus der Politik und von der Verwaltungsspitze droht die Reform deshalb ihre volle Wirkung zu verfehlen. Aktuell bestimmt noch die handwerkliche Umstellung auf den neuen Rechnungsstil das Geschehen. Die hohen Erwartungen an die Reform sind damit bisher vielerorts noch nicht eingelöst und die Steuerung erfolgt noch nach den althergebrachten Mechanismen.

An der Evaluierung der 2003 durch die Innenministerkonferenz beschlossenen Umstellung von Kameralistik auf Doppik haben sich nahezu alle Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages beteiligt, darunter 111 kreisfreie Städte sowie die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Sie wurden zum Prozess der Umstellung, zum Stand der Umsetzung und zu Steuerungsperspektiven befragt. Neben den städtischen Finanzspezialisten wurden explizit auch die Oberbürgermeister und Stadtratspolitiker einbezogen, um die Gesamteinschätzung zur Steuerungswirkung des neuen Haushalts- und Rechnungswesens zu erfassen.

Als Gesamtergebnis der Evaluierung ist festzuhalten, dass von den teilnehmenden Mitgliedsstädten eine erfreulich differenzierte Einschätzung zum neuen Haushalts- und Rechnungswesen abgegeben wurde. Weder wird der doppische Rechnungsstil mit Enthusiasmus als Heilsbringer gefeiert noch wird er in Bausch und Bogen verdammt. Der Aufwand für die Umstellung auf die Doppik wird sich nach Einschätzung vieler Verwaltungen und Vertreter der Kommunalpolitik letztlich lohnen. Eine Rückkehr in die Kameralistik wird von der großen Mehrheit der Städte nicht ernsthaft erwogen.

Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Städte hat die Umstellung auf ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen bereits vollzogen und fast ein weiteres Drittel befindet sich auf dem Weg dorthin. Bei den großen Städten ist die Doppikumstellung so weit fortgeschritten, dass der Aufwand für ein



Von links stehend: Michael Sturm vom Bayerischen Landkreistag, AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth, Abteilungsleiter Zentrale Verwaltung Thomas Huber, der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, der Geschäftsführer der LivingData GmbH, Rudolf Obenhuber; vorne sitzend: Landrat Martin Sailer und Sachgebietsleiter Information und Kommunikation, Manfred Merz. □

Landratsamt Augsburg:

Neuer Dienstaussweis ist multifunktional

Im Landratsamt Augsburg ist mit dem multifunktionalen Dienstaussweis ein richtungweisendes Projekt vorgestellt worden. Der multifunktionale Dienstaussweis kann einiges: Zeiterfassung, Zutrittskontrolle, Login am System, Digitale Signatur, E-Mail-Verschlüsselung, Sichtungsausweis. Diese Informationen passen nun auf eine Chipkarte. Dazu kommt auch noch Single Sign-On. Das bedeutet, dass sich ein Nutzer nur einmal anmelden muss und damit auf alle Rechner und Dienste Zugriff hat, zu denen er zugangsberechtigt ist. Das heißt: Zeitersparnis, Arbeiterleichterung und Sicherheitsgewinn.

Den ersten multifunktionalen Dienstaussweis bekam Landrat Martin Sailer von seinem Sachgebietsleiter Information und Kommunikation, Manfred Merz, überreicht.

Die Verschlüsselung erfolgt zuverlässig mit der PKI (Public-Key-Infrastruktur) des Freistaates Bayern, um behördenintern verschlüsselt zu kommunizieren und damit z. B. Kassenbelege signieren zu können.

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer dankte allen Projektbeteiligten und begrüßte die Erleichterung, die der Einsatz dieser praxisnahen und benutzerfreundlichen Lösung mit

sich bringe: „Der neue Dienstaussweis ist praktisch, schnell, benutzerfreundlich und erhöht die Sicherheit.“

Michael Sturm vom Bayerischen Landkreistag bezeichnete den multifunktionalen Dienstaussweis als „zukunftsweisendes Projekt“. Ab Mai sollen die neuen Dienstaussweise an die ersten Mitarbeiter im Landratsamt Augsburg verteilt werden. Bis Ende 2012 sollen dann alle flächendeckend mit den neuen Ausweisen versorgt sein. Mittlerweile haben zahlreiche andere Kommunen Interesse signalisiert, den neuen Dienstaussweis ebenfalls einzuführen. □

Innovationsstiftung bayerische Kommune

Start des ersten Förderprojekts

Im Februar startete das erste Forschungsprojekt der Innovationsstiftung bayerische Kommune. Ein Forschungsteam unter der Leitung von Professor Rainer Thome vom Lehrstuhl für BWL und Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg untersucht die Einsatzmöglichkeiten multifunktionaler Chipkarten, des neuen Personalausweises und elektronischer Signaturen im Kommunalbereich. Das Projekt ist auf etwa sechs Monate angelegt.

In einer Kick-off-Veranstaltung wurden die zu untersuchenden Themen diskutiert und konkretisiert. Im Fokus stehen Fragen aus der Praxis in welchen Prozessen können multifunktionale Chipkarten sinnvoll eingesetzt werden? Welche Einsatzszenarien sind für den neuen Personalaus-

weis denkbar? Wie werden die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen?

In einer bayerischen Kommune sollen die Antworten praktisch angewendet und so deren Wirksamkeit überprüft werden. Ziel des Forschungsprojekts ist ein praxisnaher Leitfaden für Kommunen. Die Innovationsstiftung bayerische Kommune wurde 2010 von den vier bayerischen kommunalen Spitzenverbänden und der AKDB gegründet. Ziel ist es, die weitere Modernisierung der Kommunen zu fördern und ihre Zukunftsfähigkeit zum nachhaltigen Nutzen für die Bürger langfristig zu sichern. Hierzu unterstützt die als gemeinnützig anerkannte Stiftung entsprechende Forschungsvorhaben durch finanzielle Zuwendungen.

Das Stiftungskuratorium setzt sich aus den Geschäftsführern der Spitzenverbände zusammen. Seine Aufgabe sind grundlegende Entscheidungen der Stiftung, insbesondere über die Mittelverwendung. Der Stiftungsvorstand, bestehend aus dem Vorstand der AKDB, führt die operativen Geschäfte der Stiftung: www.bay-innovationsstiftung.de □

bec kommunal Software GmbH

Software und Dienstleistungen für Bau- und Liegenschaftsverwaltung mit grundstücksbezogenem Schwerpunkt

mehr als nur Software

becAbwassersplitting • becAdressmanager • becBauamt im Web • becBauantrag
becBauleitplanung • becBaulückenkataster • becBaumkataster • becBeiträge
becDMS-Kopplung • becFlurstücksakte • becGIS Anbindungen • becGrundstücksverkehr
becGrünflächen • becHausanschlüsse • becJagdkataster • becLiegenschaften • becZensus
becMülltonnenverwaltung • becStraßenbestand • becVorgangsassistent • becVertragsverwaltung



www.bec-kommunal.de

Standort- und Entsorgungssicherheit für Lech-Stahlwerke

Erfolgreicher Vergleich zwischen Landratsamt Augsburg und Max Aicher GmbH
Verbesserungen für Umwelt und Anwohner

Augsburg/Meitingen – Eine Begrenzung der zulässigen Lagermenge für Elektroofenschlacke auf max. 290.000 Tonnen, die Beibehaltung der festgelegten Maximalhöhe der Schlackenhalde auf 9 bzw. 15 Meter, die Hinterlegung einer Sicherheitsleistung in Höhe von fünf Millionen Euro und die Festlegung von Kontrollmaßnahmen: Dies sind die wesentlichen Inhalte des jüngst abgeschlossenen Vergleichs zwischen dem Landratsamt Augsburg und der Max Aicher GmbH, der den Rechtsstreit zwischen der Behörde und dem Unternehmen beendet.

„Die neue Regelung mit einer Begrenzung der Lagermenge auf 290.000 Tonnen gibt uns Entsorgungssicherheit und sichert notwendige Kapazitäten. Der Vergleich trägt wesentlich zur Standortsicherung in Meitingen bei und vermeidet Einschränkungen im Betriebsablauf“, so die Bewertung von Dr. Michael Heußen, Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke.

Klage gegen Auflagen

Die bislang geplante Beschränkung auf 201.000 Tonnen hätte die Entsorgungssicherheit und die notwendige Zwischenlagerung für die Verwertung nicht gewährleisten können. Aus diesem Grunde wurde von der Max Aicher GmbH,

die für die Aufbereitung und die Verwertung des Wertstoffs Schlacke zuständig ist, Klage gegen die Auflagen bezüglich der Tonnagenbegrenzung und der zu hinterlegenden Sicherheitsleistung erhoben.

Akzeptable Lösung

Die vereinbarte Sicherheitsleistung in Höhe von jetzt fünf statt bislang 4,5 Millionen Euro stellt für das Landratsamt Augsburg sicher, dass die Kosten für eine Entsorgung der gesamten Schlackenmenge im Falle einer Insolvenz des Unternehmens gedeckt sind. Dipl.-Ing. Georg Geißler, Geschäftsführer der Max Aicher GmbH, sieht in der gefundenen Kompromisslösung trotz der umfangreichen Sicher-

heitsleistung eine für beide Seiten akzeptable Lösung, die einerseits Rechtssicherheit für das Landratsamt und andererseits Klarheit und Standortsicherheit für das Unternehmen bedeutet, auch wenn sich das Unternehmen eine weniger umfangreiche Sicherheitsleistung gewünscht hätte.

Mehr Sicherheit

Für die Umwelt bringt das jetzt erzielte Ergebnis mehr Sicherheit, den Bürgern ist damit ein Teil ihrer Sorgen und Ängste genommen. Durch die erweiterten Kontrollmöglichkeiten für die Überwachungsbe-

Urban Mining:

Recycling statt Downcycling

Studie des Umweltbundesamts zu den Potenzialen für eine hochwertige Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen

Bereits heute werden ca. 60 Prozent der anfallenden Bau- und Abbruchsabfälle wieder verwertet, doch überwiegend als geringwertiges Material im Straßenbau oder zur Verfüllung. Das Umweltbundesamt UBA ließ nun in einer Studie Potenziale für eine hochwertige Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen ermitteln. Die Ergebnisse zeigen, dass bis 2020 ein Viertel der im Hochbau benötigten Baumineralien aus Bauabfällen gewonnen werden könnte.

Im Jahre 2004 fielen in Deutschland insgesamt 200,7 Mio. Tonnen mineralische Bauabfälle zur Entsorgung an, davon 50,5 Mio. Tonnen Bauschutt. Die Bauabfallbilanzen zeigen aber, dass erhebliche Mengen an mineralischen Bauschuttmaterialien bislang nicht wieder im konstruktiven Bereich, also dort, wo sie zu Abfall geworden sind, eingesetzt werden. Ihre Verwertung erfolgt hauptsächlich als Schüttgut, lose Bettung, beim Deponiebau und als Verfüllmaterial.

Schonung natürlicher Ressourcen

Wie die Studie ausweist, leistet die Nutzung von Abfallstoffen einen wichtigen Beitrag zur Schonung natürlicher Ressourcen. Dies gilt insbesondere bei einem hochwertigen Recycling, das eine stoffliche Nutzung der Abfälle und die Herbeiführung möglichst enger Produktkreisläufe vorsieht und demzufolge in der europäischen Abfallrahmenrichtlinie und dem hierauf aufbauenden aktuellen Arbeitsentwurf zum Kreislaufwirtschaftsgesetz erhoben wird. Der Baubereich ist allein hinsichtlich der zu bewirtschaftenden Mengenströme für die Rückführung von Materialien in die Wertstoffkreisläufe bedeutend.

Bestandsentwicklung

Maßgebend ist die Entwicklung des Gebäudebestandes. Diese Entwicklung wird wesentlich von demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Derzeit unterliegen diese Rahmenbedingungen großen Veränderungen. So ist in Deutschland für die kommenden Jahre mit enormen räumlichen und zeitlichen Disparitäten hinsichtlich der Bestandsentwicklung zu rechnen. Da die Kreisläufe des Baustoffrecyclings räumlich begrenzt sind, ergeben sich regional sehr unterschiedliche Stoffbilanzbilanzen sowie Mengenpotenziale für die hochwertige Nutzung von Bauabfällen im Hochbau.

Aus der sich abzeichnenden

hörde kann in Zukunft die Einhaltung der Vorgaben exakter überprüft werden.

Kürzerer Prüfrhythmus

Zusätzliche regelmäßige Prüfungen der Wiegebescheinigungen der Schlackentransporte, Vermessungen des Umfangs der Schlackenhalde durch ein anerkanntes Institut im Drei-Monats-Rhythmus sowie die optimierte kontinuierliche Befechtung der Schlackenhalde werden zukünftig die Staubemissionen im Umfeld weiter reduzieren. Darüber hinaus trägt ein verkürzter Prüfrhythmus der bisher rissfreien und daher dichten Betonwanne der Schlackenhalde im Abstand von zukünftig dreieinhalb statt bisher fünf Jahren dazu bei, dass eventuelle Beschädigungen frühzeitig erkannt und die Gefahr von Einträgen in Boden und Grundwasser vermieden werden. □



Müllsortierung - da strahlt Grombühl: Anja Knieper von der Umweltstation mit den fleißigen Müllsammlern der Josef-Grundschule.
Bild: Janina Hofmann

Kleine Müllsammler ganz groß

Schüler der Josef-Grundschule räumen Grombühl auf

Um 9.45 Uhr stürmten die rund 50 Schüler der dritten und vierten Klassen des Schulhof der Josef-Grundschule und konnten es gar nicht erwarten ihre Müllausrüstung am Wagen der Umweltstation abzuholen. Mit grünen Leibchen, blauen und gelben Müllsäcken, weißen Eimern, Müllzangen und Handschuhen bewaffnet, zogen die Schüler in ihren Gruppen los, um dem Müll in ihrem Stadtteil den Kampf anzusagen.

Passend zum Frühlingsanfang putzten die Schüler und Schülerinnen der Josef-Grundschule zum fünften Mal ihren Stadtteil Grombühl heraus.

Zusammen mit der Umweltstation der Stadt Würzburg unter Leitung von Anja Knieper, dem Kupschacker Kindertreff-Team von Heike Hergenrother und den Lehrern der Josef-Grundschule konnte diese Aktion wieder ermöglicht werden.

Begeisterte Anwohner

Auf ihrer Mülltour blieben keine Ecke, kein Gehsteig und keine Straße von ihnen „verschont“. Besonders an der Straßenbahnhaltestelle Pestalozzistraße hatten die jungen Schüler viel zu tun. „Mit den Zigarettenstummeln die hier liegen, könnten wir schon unseren ganzen Müllsack vollmachen“, ärgerte sich eine Schülerin an der Haltestelle. „Wenn die Leute schon rauchen müssen, sollten sie ihren Müll wenigstens auch selber weg machen“, ergänzte ein Mitschüler beim Aufsammeln der Zigarettenstummel. Immer wieder begegneten den

Schülern auf ihrer Müllroute begeisterte Anwohner, die sich über das Engagement ihrer jungen Mitbürger sehr freuten. Besonders erfreut darüber war ein Busfahrer, der gerade von seiner letzten Tour zurück kam und sich über die Schüler in seinem Bus aufregte, die keinen Sinn für Ordnung haben: „Nach jeder Tour sieht es in meinem Bus aus wie auf einer Müllhalde, da ist es sehr erfreulich, dass hier schon die Kleinen lernen aufzuräumen.“

Brotzeit als Belohnung

Nach der eineinhalb Stunden langen Mülltour kehrten die Schüler auf den Pausenhof ihrer Schule zurück, um ihren Mitschülern den erbeuteten Müll zu zeigen. Zwischen Müllsäcken und Flaschen fand sich auch einiger Sperrmüll, wie eine Toilettenbrille, ein Kindersitz und ein alter Ball, der sofort zum Fußballspielen eingesetzt wurde. Als Belohnung gab es nach dem gemeinsamen Gruppenfoto für jeden fleißigen Müllsammler eine kleine Brotzeit, um anschließend wieder gestärkt in den Unterricht gehen zu können. □

DICONex

Schadstoff Management

Messe + Kongress Augsburg

19.+20.5.11

Die Fachmesse für:

Analyse Sanierung Abbruch Entsorgung Prävention

Gesamtverband
Schadstoffsanierung GbR

Kompetenz-
Partner:

Anmeldung Messe + Kongress:
(0911) 9 88 33-320 · www.diconex.de



BayWa-Veranstaltung:

Ausblick auf Winterdienst

Technik-Vorführung am Spitzingsee

Am Ende der Saison gleich rüsten für die neue Saison: Frei nach diesem Motto informierten sich rund 1.200 interessierte Besucher bei den jüngsten Winterdienst-Vorführungen von der BayWa Technik am Spitzingsee über technische Neuheiten und Trends rund ums Fräsen, Räumen, Streuen und Kehren.

Schauen, informieren und testen: Zu diesem Zweck kamen die Vertreter aus Kommunen und Autobahnmeistereien, von Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie von kommunalen Lohnunternehmen auf dem Parkplatz der Taubensteinbahn zusammen. Schwerpunkte der Vorführungen waren Räumen und Streuen, Kehren und Transportieren.

Technische Details

Nach einem kurzen technischen Abriss zu den insgesamt rund 60 Maschinen und Geräten folgten praktische Vorführungen im Wintereinsatz. Wie ist das Fahrgefühl bei den einzelnen Modellen, wie funktionieren die technischen Details genau? Antworten auf diese Fragen bekamen die Teilnehmer beim Test der Geräte – viele nutzten die

Gelegenheit für eine „Probefahrt“. Für Infos und zur Kaufberatung standen Fachleute von der BayWa Technik Oberbayern zur Verfügung; Experten von der BayWa Energie sowie Vertreter der Lieferanten standen ebenfalls Rede und Antwort.

Kompaktkehrmaschinen

Als Novum im Programm, das besonders gut kehrt, stellte die BayWa Kompaktkehrmaschinen des Herstellers Johnston vor – mit einem Fassungsvermögen von einem bis acht Kubikmetern. Die BayWa ist seit dem Sommer exklusiver Deutschland-Importeur der Produkte des Weltmarktführers.

Hohe Nutzlast

Weiter im Fokus standen Malitrac-Geräteträger, die mit stufen-

losem Fahrtrieb, drei Anbaukäufen und hohen Nutzlasten besonders flexibel eingesetzt werden können. Vertreten waren auch Geräte, die optimiert sind für Anforderungen des Lärm- und Umweltschutzes: So gab es einen Schneepflug mit Dämpfungsschiene zu besichtigen – und mit der Fendt Vario 800er-Reihe hat die BayWa Modelle mit SCR-Technologie (Selektive Katalytische Reduktion) zur Abgasnachbehandlung im Programm, die bereits jetzt die neuen Anforderungen an Abgasemissionen erfüllen, die für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen ab Januar 2012 gelten.

Umweltgerechte Sonderkraftstoffe

Umweltgerechte Sonderkraftstoffe sowie hochwertige Schmierstoffe der BayWa-Marke Tectrol präsentierte die Sparte Energie, darunter auch umweltfreundliche Schmierstoffe auf Esterbasis und die Sonderkraftstoffe Tectrol EcoBenzin 2 plus und EcoBenzin 4, die besonders emissionsarm und äußerst lange haltbar sind.

Schutzprogramme

Zudem gab es Infos rund um AdBlue (Chemikalie zur Abgasreinigung bei Nutzfahrzeugen) und zu passenden Schutz- und Pflegeprogrammen für kommunale Winterdienst-Fahrzeuge. □



Als langjähriger Partner der Veranstaltung war die Firma Kalinke Maschinen, die 2010 ihr 30-jähriges Bestehen feierte, mit verschiedenen Fahrzeugen vor Ort. Konrad Bauer, Leiter Abteilung Kommunal- und Gewerbeteknik (im Vordergrund) und Hannes Näbl, Key Account Manager Südbayern (rechts daneben, beide BayWa) führten durch die Veranstaltung. □

Lindner-Werksausstellung;

6.000 Besucher in Kundl

Reges Interesse herrschte an der traditionellen Frühjahrswerksausstellung des Tiroler Landmaschinenspezialisten Lindner, die jüngst im Tiroler Kundl über die Bühne ging. Rund 6.000 Besucher informierten sich über die Geotrac- und Unitrac-Modelle, besonderer Fokus wurde auf die verschiedenen Einsatzgebiete und Anbaugeräte gelegt. „Die Besucher haben die Vorführungen auf dem Ausstellungsgelände sehr gut angenommen“, bilanziert Geschäftsführer Hermann Lindner.

Auf dem Ausstellungsgelände standen Vorführungen der Geotrac- und Unitrac-Modelle im Mittelpunkt – Besucher aus Österreich und den Nachbarregionen informierten sich unter anderem über den Geotrac 94 mit Kabinenfederung sowie über die neuen Pro-Modelle. Außerdem feierte das Fuhrpark-symposium seine Premiere.

Große Nachfrage nach Kabinenfederung

Im Fokus standen unter anderem die neuen Geotrac-Pro-Modelle 84 und 94. Die Pro-Ausstattung ist speziell auf Grünlandwirtschaft, Transport und Landschaftspflege ausgerichtet und damit für landwirtschaftliche Mischbetriebe interessant. Im Rahmen der laufenden Frühjahrssaison bietet der einzige rein österreichische Traktorhersteller seine Pro-Modelle mit Fronthydraulik, Lastschaltung, Komfort-Luftsitz sowie elektronischer Hubwerksregelung (EHR) mit Schwingungstilgung an. Darüber hinaus werden zwei Jahre Garantie auf die Pro-Modelle gewährt.

„Große Nachfrage herrschte außerdem am Geotrac 94 mit Kabinenfederung“, berichtet Lindner. Diese trägt maßgeblich zum hohen Fahrkomfort bei

schwierigen Einsätzen im Gelände sowie bei Straßenfahrten bei. Auch an den zahlreichen gebrauchten und generalüberholten Modellen zeigten die Besucher aus Österreich und den Nachbarregionen großes Interesse.

Premiere für Fuhrparksymposium

Den Auftakt zur Werksausstellung bildete der Kommunaltag, an dem Bürgermeister und Fuhrparkleiter aus mehreren Bundesländern teilgenommen und sich über die kommunalen Einsatzmöglich-

keiten von Unitrac und Geotrac informiert haben.

Kommunaltag

Im Rahmen des Kommunaltages, bei dem mehrere Vorführungen von Anbaugeräten wie Kehrmaschinen und Böschungsmähern angeboten wurden, feierte das 1. Lindner Fuhrparksymposium seine Premiere. „Rund 50 Gemeindevertreter nutzten die Gelegenheit und informierten sich im Lindner-Technologiezentrum über kommende Vorschriften bei Kommunaltaktoren und Transportern sowie die neuesten technischen Lösungen im Bereich Sicherheit am Arbeitsplatz“, sagt Hermann Lindner. Neben neuen Feinstaubvorschriften kommen strengere Abgasregelungen und Richtlinien zum Vibrationsschutz der Fahrzeuge auf die Gemeinden zu. □



Die traditionelle Werksausstellung im Frühling beim Tiroler Landmaschinenspezialisten Lindner. □

Illegale Mülltransporte

Behörden wollen Kontrollen des internationalen Abfallgeschäfts verbessern

Jeden Tag wird tonnenweise Abfall auf den niederbayerischen Autobahnen und Bundesstraßen transportiert – oft auch illegal. Derzeit werden fast wöchentlich nicht genehmigte Transporte von Elektronik- und Autoschrott oder Batterieabfall gestoppt. Weil die Zahl der Abfalltransporte steigt, sind intensive Kontrollen auf den Straßen unverzichtbar. Darüber haben sich Mitarbeiter bayerischer Bezirksregierungen und Umweltbehörden von Bund, Freistaat und anderen Bundesländern jüngst mit Vertretern von Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaft und dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) in der Regierung von Niederbayern in Landshut ausgetauscht. Die Erfahrungen zeigten: Die Behörden dürfen nicht nachlassen.

„Abfall ist wirtschaftlich interessant“, sagte Regierungsvizepräsidentin Monika Weigl. „Und wenn es ums Geld geht, werden die Leute kreativ.“ In dem Geschäft sei viel kriminelle Energie im Spiel. Darum dürfe der Staat bei den Kontrollen nicht nachlassen. „Ich weiß, dass die verschiedenen Behörden schon jetzt gut zusammenarbeiten, aber wir können nie genug voneinander lernen“, sagte Weigl.

Die EU-Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, grenzüberschreitende Abfalltransporte zu überwachen. Zuständige Behörde für Niederbayern ist die Regierung.

Sie führt die Kontrollen regelmäßig in enger Zusammenarbeit mit Polizei, Zoll und BAG durch. Dabei werden zum Beispiel unerlaubte Transporte von Industrieschrott, Recyclingabfall, Elektronikschrott und Sperrmüll aufgedeckt. Häufig kommt der Müll über Österreich aus osteuropäischen Ländern oder er soll dorthin transportiert werden. Häufiges Ziel sind deutsche und niederländische Häfen, von wo aus die Reise per Schiff weitergehen soll. Den Verantwortlichen drohen Bußgelder bis zu 100.000 Euro. Wenn es um Abfall geht, der gefährlich für die

Umwelt oder die Gesundheit von Menschen ist, wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Fachleute

Für die Kontrolleure vor Ort ist es wegen der problematischen Zusammensetzung des Abfalls oft schwer zu beurteilen, wie die Ladung eines Transporters einzustufen ist. „Dafür und für rechtliche Fragen steht die Regierung mit ihren Fachleuten jederzeit als Ansprechpartner unterstützend zur Verfügung“, sagte Walter Czupka, Leiter der Umweltabteilung der Regierung. Erfolg bei den Kontrollen ist nur durch gutes Zusammenspiel der Behörden möglich. Darum tauschten sich Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern unter anderem mit Vertretern von Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaft und dem Bundesamt für Güterverkehr aus. Regierungsvizepräsidentin Monika Weigl sagte: „Wir können nie genug voneinander lernen.“ □

Mobidat WorkPad:

Mobile Komplettlösung für den Betriebsdienst

Bauhöfe, Straßenmeistereien, Verwaltungen, sowie Unternehmen aus der Bau- und Landwirtschaft erhalten mit dem WorkPad mehr Transparenz über ihre Einsätze und Touren und sparen Zeit und Geld.

Das Gerät verfügt über die Möglichkeit, Strecken und Flächen punktgenau zu erfassen. Dabei wird die Wertigkeit des gerade identifizierten Objektes dokumentiert. Durch eine mobile, fahrzeugunabhängige Auftragsbearbeitung kann das Mobidat WorkPad vielfältig eingesetzt werden – sei es im Straßenbetriebsdienst, beispielsweise bei

der Spielplatzkontrolle oder der Schadensfassung.

Unmittelbare Verwertung von Auftragsdaten

Ein Auftrag kann im Internetportal www.mobidat.com erstellt werden. Das WorkPad empfängt diesen via Webservice. Das Portal erlaubt eine unmittelbare Ver-



Das Mobidat WorkPad. □

wertung der Daten in Auftragsbearbeitung, Touren- oder Einsatzplanung. Damit ist eine Einzelerfassung ebenso präzise

möglich wie Dokumentation, Kosten-Leistungsrechnung, Rechnungslegung oder geobezogene Analysen. □

PLANEN ERFASSEN ÜBERMITTELN AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIDAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

MOBIWORX® Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
Telematik GmbH www.mobiworx.de

Neue Anbaugeräte für den Unimog:

Neue Fräsen von AS Baugeräte

Bessere Auslastung des Unimogs zwischen Winterdienst und Mäharbeit

Wer ärgert sich nicht über die vielen, rasant zunehmenden Schlaglöcher? Gerade in frostreichen Wintern wie dem letzten nehmen Schlaglöcher und ausgebrochene Fahrbahnrande zu und werden nicht nur zu einem Ärgernis, sondern auch zu einem Sicherheitsrisiko. Um wieder sichere Verkehrswege zu garantieren und teure Folgeschäden an der Straße zu vermeiden, müssen die Schlaglöcher beseitigt werden.

Mit der Neuentwicklung einer Asphaltfräse Typ ASF 500/100 MF hat AS Baugeräte aus Wildflecken ein ideales, universelles Arbeitsgerät entwickelt, das eine einfache und schnelle Abhilfe im Rahmen einer partiellen Asphaltreparatur schafft.

Frontanbau

Die Asphaltfräse im Frontan-

bau bietet unverzichtbare Vorteile für den Anwender:

- ▶ sicheres Arbeiten mit dem Verkehrsfluss
- ▶ präzises Fräsen
- ▶ lange Meißelstandzeiten und geringer Wartungsaufwand
- ▶ kurze Rüstzeiten
- ▶ schnelles Umsetzen zwischen den Baustellen.

Die Asphaltfräse bietet so eine weitere Möglichkeit für kommu-

nale Bauhöfe, ihren Unimog in der Zeit zwischen Winterdienst und Mäharbeit auszulasten.

Neue Bankettfräse BF 1000 S

Mit der neuen Bankettfräse werden abgefahrene Bankette gefräst und mit der Querröderschnecke wird zur gleichen Zeit das Fräsgut an den Asphalttrand gefördert. Dadurch entfällt sowohl das Anfahren und Einbauen von Fremdmaterial. Die Bankettfräse wird in die Frontanbauplatte des Unimogs



Die Bankettfräse BF 1000 S des Herstellers AS Baugeräte aus Wildflecken im Einsatz.

Zusätzliche Gelder für Staatsstraßen

Niveau des Vorjahres noch einmal übertroffen

In die bayerischen Staatsstraßen wird kräftig investiert. Die Mittel für Unterhalt, Reparatur, aber auch für Straßenneubau werden aufgestockt. „Das ist eine spürbare Investition in den Erhalt unseres Bestands und hilft unserem Mittelstand in allen Regionen Bayerns“, erklärte Christian Meißner, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Gerade nach dem strengen und langen Winter seien die zusätzlichen Mittel eine langfristig gut angelegte Investition in den Erhalt der Staatsstraßen.

Erhöhung der Mittel

Den ursprünglichen Ansatz im Haushaltsentwurf in Höhe von 148,3 Millionen Euro für die Staatsstraßen erhöhten CSU- und FDP-Fraktion einvernehmlich um 41,7 Millionen Euro auf dann 190 Millionen Euro. Dazu kommen weitere 25 Millionen Euro für die Beseitigung der Frostschäden. Im Ergebnis stehen damit in diesen Jahr 215 Millionen Euro zur Verfügung, dazu kommen noch Planungsmittel und Mittel für die Finanzierung der so genannten PPP-Modelle (Private Public Partnership-Modelle).

Eberhard Rotter, der verkehrs-

politische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, sieht in der zusätzlichen Finanzspritze eine entscheidende Verbesserung der Verkehrssicherheit in Bayern. „Intakte Straßen schützen die Verkehrsteilnehmer und sind eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen für die Entwicklung aller Regionen. Gerade der ländliche Raum ist auf gute Verbindungen angewiesen.“

Gestaltungskraft

Dass im Jahre 2011 mehr Geld in die Staatsstraßen investiert wird als im Jahre 2010, nannte Renate Dodell, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, keine Selbstverständlichkeit. „Es ist für mich ein Zeichen von politischer Gestaltungskraft, wenn neben den eindeutigen Schwerpunkten Fami-

lie, Bildung und Innovation trotzdem bei den Staatsstraßen noch zugelegt werden kann.“

Gute Infrastruktur

Und das, obwohl für die Schwerpunktsetzung in manch anderem Bereich Kürzungen vertreten werden müssten. „Die CSU hat schon immer die Bedeutung einer guten Infrastruktur für die gedeihliche Entwicklung aller Landesteile herausgestellt.“

Ländlicher Raum

Hier beweisen wir erneut“, so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Georg Winter, „dass die Förderung des ländlichen Raumes für uns keine Lippenbekenntnisse sind, sondern praktische Politik.“

eingehängt und befindet sich während der Transportfahrt vor dem Unimog.

Fräskopf nach außen schwenkbar

In Arbeitsstellung wird der Fräskopf nach außen geschwenkt und mit einem Hydraulikzylinder bis zu 800 mm nach außen geschoben, so dass das Bankett bis zu 1.800 mm neben dem Fahrbahnrand erreicht werden kann.

Querneigung des Geräts individuell einstellbar

Die gewünschte oder erforderliche Querneigung der Bankettfräse kann individuell eingestellt werden. Im hinteren Bereich des Fräsradauges befindet sich die hydraulisch angetriebene Schnecke.

Weitere Informationen unter: www.asbaugeraete.de

Riesen-Lastwagen:

Bayerischer Städtetag lehnt Feldversuch ab

Der Bayerische Städtetag hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer aufgefordert, Notwendigkeit und Umfang des geplanten bundesweiten Feldversuchs mit Riesen-Lastwagen (Gigalinern) nochmals intensiv zu überprüfen und den Versuch keinesfalls auf Kommunalstraßen zu erstrecken.

Das Bundesverkehrsministerium will im Jahr 2011 einen bundesweiten Feldversuch mit Riesen-Lastwagen durchführen. Die bis zu 60 Tonnen schweren und über 25 Meter langen Riesen-Lastwagen sollen offenbar nicht nur auf Autobahnen sondern auch auf Staats- und Kommunalstraßen rollen. Der Versuch soll fünf Jahre dauern. Die Befürworter argumentieren, dass sich mit zwei Riesen-Lastwagen die Fracht von drei herkömmlichen Lastwagen transportieren lasse und um bis zu 20 Prozent Sprit eingespart werden könne.

Vor- und Nachteile von Gigalinern sind umstritten

Die Vor- und Nachteile solcher Gigaliner sind in der Fachwelt seit Jahren äußerst umstritten. So hatte die Bundesanstalt für Straßenwesen schon vor Jahren die Auswirkungen der Gigaliner auf den Zustand von Straßen, Brücken und Tunneln untersucht. Es wurde überprüft, wie sich der Einsatz solcher Fahrzeuge auf das Verkehrswachstum, den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit auswirkt und ob die Riesen-Lastwagen Kreisverkehre oder Rastplätze sicher befahren könnten. Die Studie kam seinerzeit zu einem eindeutig negativen Urteil.

Beschränkung auf Autobahnen

Der Bayerische Städtetag hat gegenüber dem Bundesverkehrsminister betont, dass solche Riesen-Lkws mit Blick auf die Lebensqualität in den Städten nicht auf unseren Straßen fahren dürfen. Falls es tatsächlich zum Feldversuch kommen sollte, müsse dieser ausschließlich auf Autobahnen beschränkt werden. Ein Einsatz auf Kreis- und Gemeindestraßen wäre unverantwortbar. Die kommunalen Straßen seien ohnehin durch den Winter sehr geschädigt. Außerdem erhöhten die Gigaliner das Sicherheitsrisiko auf den Straßen.

Mercedes-Benz:

Gasbetriebene Busse für ÖPNV

37 Citaro G CNG Niederflur Gelenkbusse für Norwegen

Der Verkehrsbetrieb Tide ASA hat 37 Mercedes-Benz Citaro Gelenkbusse mit Gasantrieb in EEV-Ausführung (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle) bestellt.

Die mit Erdgas betriebenen Niederflur-Stadtbusse zeichnen sich durch ihre geringen Schadstoffemissionen - speziell bei den Stickoxiden und den Partikeln - aus und unterschreiten die heute geltenden Euro 5-Emissionswerte schon deutlich. Für den Antrieb sorgt der Erdgas-Motor M 447 hLAG, der in zwei Leistungsvarianten 185 kW (252 PS) bzw. 240 kW (326 PS) angeboten wird.

Größter Verkehrsbetrieb Norwegens

Tide ASA ist einer der größten Verkehrsbetriebe in Norwegen für öffentlichen Personenverkehr auf der Straße und zu Wasser. Der Betrieb beschäftigt 3700 Mitarbeiter und betreibt rund 1000 Omnibusse und 80 Fähren sowie Express-Boote.

Zwei Längenvarianten

Die Citaro-Erdgasbusse ste-

hen in zwei Längenvarianten als Solo-Fahrzeug mit 12 m und als Gelenk-Fahrzeug mit 18 m zur



Der Mercedes-Benz Citaro, hier als Solo-Fahrzeug und ohne Gasbetrieb im Einsatz. Bild: Didbyraham/flickr.com

Verfügung. Die Norweger haben den 18 m Gelenkzug gewählt, der bis zu 138 Fahrgäste aufnehmen kann.

Weitere Informationen unter: www.mercedes-benz.com

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe - auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Landkreis Erding:

Startschuss für Mittelschule

Im Landkreis Erding sind die Würfel für die Bayerische Mittelschule gefallen: Nach rund zweijähriger Beschäftigung mit der Thematik haben die Kommunalpolitiker bei einer Versammlung des Bayerischen Gemeindetags im Landratsamt Erding die Verträge unterzeichnet. Der Start der neuen Bayerischen Mittelschule soll im Landkreis zum Schuljahr 2011/2012 erfolgen.

Wie der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Hans Wiesmaier, berichtete, habe im Herbst 2009 die Fachhochschule für angewandtes Management Erding eine Schulbedarfsplanung vorgestellt, die vom Landkreis in Auftrag gegeben worden war. Dabei sei die Demographie auf Landkreis- und Gemeindeebene untersucht und als Bevölkerungspyramide dargestellt worden.

Die erwarteten Geburten wurden hochgerechnet und eine Schulbedarfsplanung erstellt. Untersucht wurden die zwölf Hauptschulstandorte, ebenso die drei M-Zweig-Standorte Dorfen, Erding und Taufkirchen. Gefragt wurde nach den aktuellen Schülerzahlen, den Klassenzahlen,

dem Zustand der Gebäude sowie den Übertritts- und Auslastungszahlen.

Schulbedarfsplanung

Vergangenen April wurde Wiesmaier zufolge eine erweiterte Schulbedarfsplanung präsentiert, die sich unter anderem mit Prognosen für das Jahr 2020 beschäftigte. Dabei wurde eine Gefährdung der Hauptschulstandorte Oberding, Wörth, Wartenberg, Finsing und Forstern ersichtlich. Selbst die Hauptschulen in Erding, Dorfen und Taufkirchen könnten langfristig die Anforderungen an die Mittelschulen als Einzelschulen nicht erfüllen, sofern die Hauptschullandschaft in der jetzi-

gen Form erhalten werden soll.

Darüber hinaus wurde im Rahmen eines Dialogforums festgestellt, dass 41 Prozent den Weg über berufliche Schulen und auf dem zweiten Bildungsweg finden. Die Bayerische Mittelschule, so Wiesmaier, sichere dabei den Anschluss in die berufliche Ausbildung. Die neue Mittelschule stelle auch eine große Chance für die kleineren Schulen im Verband dar.

Als Hauptprobleme bei den Verbundverhandlungen, für die aber inzwischen Lösungen ge-

funden worden seien, bezeichnete der Kreisvorsitzende die Schülerbeförderung (übernimmt der Landkreis), die Ausgleichssituation der aufnehmenden und der abgebenden Schulen (hier gab es keine Vorgaben und Vorlagen) und schließlich die Situation der Zuweisungen im Verbund.

Wichtiger Spielraum

Laut Wiesmaier benötigen die Kommunen weiterhin viel Flexibilität und Spielraum bei der Organisation der Verbände, um die Schulstandorte auch bei sinkenden Schülerzahlen attraktiv ausgestalten zu können. Benötigt würden schulortübergreifende Kooperationen der Mit-

telschulen, Realschulen und Gymnasien. Schule, Lehrkräfte, Ausbilder, Eltern und Sachaufwandsträger müssten zusammenarbeiten, damit keiner der 2.600 Hauptschüler im Landkreis auf der Strecke bleibt.

Vertrauen schaffen

Landrat Martin Bayerstorfer bezeichnete den Gemeindetagsvorsitzenden als Motor und Begleitung für die Entwicklung des Mittelschul-Konzeptes. Es sei sinnvoll gewesen, sich ausreichend Zeit für eine gute Lösung im Landkreis zu geben. Die Vorbereitung und Abstimmung mit dem Schulamtschef der Landkreischef beispielhaft. Ziel war, keinen Standort aufzu-

geben und die gefundene Lösung miteinander tragen zu können. Das Landratsamt habe versucht, hier so weit wie möglich unterstützend zur Seite zu stehen. Bayerstorfer: „Man wird zwar auch in Zukunft nicht alles regeln können, das geht nicht und muss auch nicht sein, aber die neue Mittelschule hat eine Perspektive und dazu benötigt sie vor allem das Vertrauen der Eltern.“

Schulrat Hans-Rudolf Suhre freute sich ebenfalls, dass man nach diesen doch recht anstrengenden Verhandlungen nun am Ziel sei. Er dankte allen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen.

Im Anschluss an die Dankesworte unterzeichneten die Vertreter der Schulverbände die Verbundverträge. Für den Schulverbund Dorfen unterschrieben die Bürgermeister Heinz Grundner (Dorfen), Siegfried Fischer (Isen) und Georg Els (Forstern), für den Schulverbund Erding die Bürgermeister Max Gotz (Erding), Helmut Lackner (Oberding), Max Kressler (Finsing) und Rudolf Borge (Wörth) sowie für den Schulverbund Taufkirchen die Bürgermeister Franz Hofstetter (Taufkirchen), Hans Wiesmaier (Fraunberg) und Gerhard Babl (Velten). **DK**

Besucherrekord am „Grünen Dach Europas“

Regensburg (obx) – 2010 übernachteten im Bayerischen Wald so viele Gäste wie noch nie: Fast 1,6 Millionen Urlauber genossen den Aufenthalt im größten zusammenhängenden Waldgebiet Europas zwischen Januar und Dezember. Auch die Bettenauslastung ist in den vergangenen zwei Jahren um 3,5 Prozent gestiegen. Der Tourismusverband Ostbayern und die Hotels in der Region wollen auch in Zukunft mit einmaligen Freizeit- und Erlebnisangeboten dafür sorgen, dass der Bayerische Wald Deutschlands Familien-Urlaubsregion Nummer 1 bleibt.

„Das ist ein großartiges Ergebnis“, sagt Alexander Anetsberger, Marketingleiter für den Bayerischen Wald beim Tourismusverband Ostbayern. Der Besucherrekord in 2010 sei auch ein Erfolg der vielen Image-Kampagnen und Qualitätsinitiativen in der Region, an denen der Tourismusverband beteiligt ist.

Fokus auf Qualität

Der Bayerische Wald ist wieder „in“. Beigetragen dazu haben vor allem auch der stärkere Fokus auf Qualität und innovative Angebote. Viele Hoteliers haben den vergünstigten Mehrwertsteuersatz genutzt, um in ihre Häuser zu investieren – zum Beispiel in gezielte Qualitäts-Angebote für Familien.

Zertifizierte Unterkünfte

Als „Michelin-Sterne“ Ostbayerns strahlen seit einigen Jahren „Bärchen“ über den kinderfreundlichsten Häusern. Hotels, die einen Katalog von mehr als 50 Kriterien erfüllen, dürfen sich mit drei, vier oder fünf Sternen schmücken. Die Liste der Muss-Kriterien beginnt beim Schlafzimmer mit Mückenschutz und endet bei „Anti-Rutschmaßnahmen“ im

Naturerlebnis

Bei den Gästen punkten kann der Bayerische Wald insbesondere mit zahlreichen einmaligen Freizeit- und Erlebnisangeboten in der Natur: „Im Naturhochseilpark Schönberg (Landkreis Freyung-Grafenau), in der Sommerdelbahn am Silberberg in Bodenmais (Landkreis Regen), in der Westernstadt Pullman City in Eging am See (Landkreis Passau) und bei einer 3D-Wildnisreise im Haus zur Wildnis bei Bayerisch Eisenstein (Landkreis Cham) sind unvergessliche Ferienerlebnisse garantiert“, verspricht Ulrike Eberl-Walter vom Tourismusverband Ostbayern. **□**

Vom 6. bis 10. April:

Alzenauer Gesundheitstage

Zum zehnten Mal finden vom 6. bis 10. April die Alzenauer Gesundheitstage statt. Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich diese Aktionsreihe zur Gesundheitsbildung, die von der Stadt Alzenau in enger Zusammenarbeit mit Ärzten, Therapeuten, Selbsthilfegruppen und dem Kreiskrankenhaus Alzenau-Wasserlos veranstaltet wird, als fester Bestandteil im breiten Portfolio der Gesundheitsstadt Alzenau etabliert.

Entscheidenden Anteil an der gleichbleibend hohen Akzeptanz hat der ausgeprägte Qualitätsanspruch, den die Alzenauer Gesundheitstage sich selbst von Beginn an gestellt haben: Dieses Profil unterscheidet sie von vielen, unter „Gesundheitstage“ firmierenden, kommerziellen Angeboten.

Auszeichnung

Mit ihrem ansprechenden und stets aktuellen Programm hat sich die Veranstaltungsreihe einen Namen sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern wie auch bei den im Gesundheitswesen Tätigen in der Region – und darüber hinaus – gemacht: Besonders erfreulich war in diesem Zusammenhang die Auszeichnung im Rahmen des Bayerischen Gesundheitspreises 2010: Die Alzenauer Gesundheitstage dürfen sich demnach zu den drei besten Projekten in der Kategorie „Patient und Partner“ zählen.

Vernetztes Denken

Insgesamt 54 Projekte hatten sich für den Bayerischen Gesundheitspreis beworben, auf die Kategorie Patient und Partner entfielen dabei 23 Bewerbungen. „Bemerkenswert ist an den Alzenauer Gesundheitstagen, die 2011 ihren zehnten Geburtstag feiern, das Übergreifende und das Einbeziehen einer ganzen Stadt, nicht nur der Patienten“, hieß es in der Laudatio bei der Preisverleihung. Die Alzenauer Gesundheitstage waren von Anfang an ein Impuls gebendes Beispiel für ver-

netztes Denken im Gesundheitswesen. Ein Beispiel dafür ist der seit 2007 in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Lions Club in diesem Rahmen stattfindende, nicht leistungsorientierte Benefiz-Gesundheitslauf „Alzenau bewegt sich!“.

Nach den Anfängen in der Hahnenkammhalle sind die Alzenauer Gesundheitstage im vergangenen Jahr ins Stadtzentrum umgezogen. Die neuen Räumlichkeiten in der „Alten Post“ haben sich dabei sehr bewährt.

Zahlreiche Vorträge

Das 2010 erstmals angebotene Wohlfühl-Menü ist auch dieses Mal im Programm und die Zahl der Vorträge ist ausgeweitet worden. Hier konnten wieder hochkarätige Experten gewonnen werden, die ehrenamtlich als Referenten über aktuelle Entwicklungen in den verschiedenen medizinischen Fachrichtungen informieren: Am Eröffnungsabend steht Interessantes aus der Urologie im Mittelpunkt, donnerstags geht es um die vielen Ursachen von Bauchschmerzen. Der 8. April bringt Aktuelles und Zukunftsperspektiven aus der Herzklappenchirurgie und am Abschluss-Sonntag stellt ein Spezialist die Heilkräfte aus der Natur nach Kneipp vor. Auch die Alzenauer Ärzte präsentieren sich am Abschlussstag mit einem Stand.

Die Ausstellung der Selbsthilfegruppen und Institutionen wird wieder mehr Raum einnehmen: Sie ist ab dem 7. April über eine Woche lang im Rathaus zu sehen. **□**



Einmal um die ganze Welt

„Einmal um die ganze Welt und die Taschen voller Geld – dass man keine Liebe und kein Glück versäumt. Viele fremde Länder sehn, davon hab ich schon als kleiner Bub geträumt...“ so hieß das bekannte Lied von Karel Gott, das 1970 veröffentlicht wurde. Auch Pfeffenhausens Altbürgermeister Arno Wolf (unser Bild) hat als Kind davon geträumt, um die Welt zu reisen. Dass er einmal dafür ausgezeichnet würde, dass er „um die Welt gegangen ist“, das hätte er sich als Kind nicht träumen lassen. 40.000 Kilometer hat der Vorsitzende des Pfeffenhausener Wandervereins seit seiner ersten Wanderung, die damals noch „Volksmarsch“ hieß, und in Kumhausen stattfand, nun zurückgelegt.

Der 68-Jährige wünscht sich, dass der Pfeffenhausener Wanderverein, den er seit 37 Jahren führt, noch lange Fortbestand haben wird. Ein Fernwander-Ziel hat er sich auch noch gesteckt: Er möchte gerne in Sibirien wandern, am liebsten natürlich im Partnerrayon des Landkreises Landshut, in Nowosibirsk. „Aber zuerst muss ich den 46. internationalen Hallertauer Wandertag am 4. und 5. Juni in Pfeffenhausen planen“, so Wolf. **Bild: Timo Melisch**

Innovationswettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“:

Gratulation an bayerische Preisträger

Staatsminister Dr. Marcel Huber hat die bayerischen Preisträger des Innovationswettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ beim feierlichen Empfang in der Staatskanzlei als „Innovationsträger und wichtiger Motor für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Weiterentwicklung unseres Landes“ gewürdigt.

Huber: „Unser Freistaat lebt von der Kreativität seiner Menschen. Gute Ideen, Aufgeschlossenheit für Neues und schöpferische Leidenschaft sind in Bayern daheim. Bayern ist ein Land der Ideen!“

Ideen und Projekte

Aus rund 2.600 Bewerbungen hat eine unabhängige Jury 365 Preisträger aus ganz Deutschland mit innovativen Ideen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Gesellschaft und Bildung ausgewählt. 47 Preisträger kommen aus Bayern. Die preisgekrönten Ideen und Projekte reichen vom Klimabrunnen zur nachhaltigen Temperaturregulierung über einen Simulator für Luftrettung der Bergwacht

Bayern, faseroptische Sensorik für Windkraftanlagen, das CO₂-neutrale Fußballstadion bis hin zum Social Business „manomama“, bei dem arbeitslose Näherinnen und Näher neue berufliche Perspektiven gefunden haben.

Bayerische Stärken

Huber: „Die Vielfalt der Ideen und Projekte steht für die vielfältigen und zahlreichen Stärken Bayerns.“ Die Nutzung des kreativen Potenzials ist nach den Worten Hubers die Grundlage von Wohlstand: „Aus Ideen werden Innovationen, aus Innovationen werden neue Produkte für die Weltmärkte und daraus entstehen Arbeitsplätze in Bayern. Für die Bayeri-

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPVP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPVP)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Augsburgs OB Kurt Gribl:

Zwischenbilanz vorgelegt

Ein positives Zwischenresümee nach drei Jahren Amtszeit hat Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl gezogen. Im Rahmen einer Pressekonferenz bei Premium Aerotec, dem weltweit führenden Lieferanten ziviler und militärischer Flugzeugstrukturen, für dessen Ansiedlung das Stadtoberhaupt die Rahmenbedingungen schuf, sagte Gribl, dass die Stadt während seiner Amtszeit mit Blick auf die Landesregierung deutlich an Wertschätzung und Anerkennung gewonnen habe. Dies lasse sich vor allem an der Höhe der Fördermittel für die Messe, die Fraunhoferinstitute, die Sanierung der Kongresshalle, die Ulrichsbrücke und das Klinikum mehr als deutlich ablesen.

„Augsburg ist ein starkes Stück Bayern und wird als solches anerkannt“, führte der OB aus und ergänzte: „Verlässliche Politik zu gestalten ist eben weitaus mehr, als nur in Wahlperioden zu denken.“ Von seinem vorgelegten 100 Punkte-Programm, das weit über 2014 hinausweise, seien inzwischen fast 60 Punkte realisiert worden.

Bürgerbeteiligung

„Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Anliegen und Vorschläge bei öffentlichen Planungsverfahren berücksichtigt werden“, erklärte OB Gribl. Deshalb habe er die Bürgerbeteiligung erheblich ausgebaut. Wichtigstes Beispiel hierfür sei der Bau der Linie 6, den zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und Workshops begleiteten. „Die Nähe zu den Bürgern zu intensivieren ist mir sehr wichtig. Sie in politische Prozesse einzubinden ist ein wichtiger Eckpfeiler in unserer Stadtgesellschaft.“

Als dynamischer Wirtschaftsstandort bietet Augsburg exzellente Voraussetzungen für Innovationen und unternehmerischen Erfolg. Um die „Selbstge-

staltungskräfte“ der Wirtschaft zu unterstützen, habe sich die Stadt Augsburg den engen Schulterschluss zwischen kommunaler Wirtschaftsförderung und IHK zur Aufgabe gemacht, fuhr das Stadtoberhaupt fort. Dazu wurde im Wirtschaftsreferat eine Stelle „Wirtschaftskoordination“ eingerichtet und besetzt. Vor allem die Kommunikation zu den Wirtschaftsverbänden und Kammern habe sich seither erheblich intensiviert und verstetigt. Auch der Jour fixe „Augsburg Allianz“, den der OB regelmäßig jedes Quartal einberuft, und der Runde Tisch „Finanzkrise“ gestalten die Rahmenbedingungen für ein festes Bündnis mit der Industrie am Wirtschaftsstandort Augsburg.

„Heißer Draht“ zum Handwerk

Das Handwerk hat in Augsburg traditionell einen besonderen Stellenwert. Es bildet nicht nur die mittelständische und zuverlässige Basis der Wirtschaft, es ist auch Garant für Ausbildung und Qualifikation der nachwachsenden Generation. Für Gribl ist daher im Rahmen der städtischen Wirtschaftsför-

derung ein „heißer Draht“ zum Handwerk unerlässlich. Dazu hat er – wie versprochen – im Wirtschaftsreferat eine Schnittstelle zur IHK, den Innungen und handwerklichen Berufsständen eingerichtet. Diese Schnittstelle ist personell wie organisatorisch im Fachbereich „Innovation“ angesiedelt und wird zusätzlich durch die Wirtschaftskoorordinatorin verstärkt. In enger Kooperation mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft werden Themen wie etwa „mittelstandsfreundliche Vergabepolitik“ abgestimmt.

Jugendsozialarbeit

Jugendliche leben oft in komplizierten und schwierigen Verhältnissen. Mit dem Ausbau von Ganztagschulen wirkt die Stadt solchen Entwicklungen entgegen. In diesem Zusammenhang will der Rathauschef die Jugendsozialarbeit an Schulen stärken, um schwer korrigierbare Fehlentwicklungen rechtzeitig zu verhindern und damit Chancengleichheit zu sichern.

Generation 60-Plus

Die 60-Plus-Generation ist eine Powergeneration, die aktiv am Leben der Stadtgesellschaft teilnimmt und sie mitgestaltet. OB Gribl unterstützt dieses Engagement und setzt sich dafür ein, dass Angebote für die ältere Generation geschaffen werden. Dazu gehört auch ein Seniorenfestival, das erstmals organisiert und gefeiert wurde. Außerdem regte das Stadtoberhaupt ein eigenes Symposium an, das die Belange der 60-plus-Generation in den Mittelpunkt stellt. Dieses hat mittlerweile unter dem Titel „Forum der Generationen“ stattgefunden. Thematisiert wurden unter anderem die Lebenswelt von Senioren, Fragen der künftigen Lebensgestaltung und Aktuelles zum Stand der Altersforschung.

E-Government

Amtsgeschäfte zuverlässig im Internet zu erledigen, ist eine ef-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, das war's jetzt für das erste Halbjahr. Die Wahlen sind vorbei, die Verlierer lecken die Wunden und die Sieger leben in dem Gefühl, der kleine Mann habe ihre Botschaft verstanden – ob das wirklich so ist?“ Mein Chef, der Bürgermeister, nahm seine ganz persönliche Wahlanalyse vor.

Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben Landtage gewählt, Hessen hat es geschafft, seine Kommunalwahlen im Vorfeld so systematisch tot zu schweigen, dass zwei Drittel der Republik erst am Wahlsonntag davon Notiz nahm – und das letzte Drittel gar erst am Montag anlässlich der Nachbetrachtungen zum Super-Wahltag. Wir hier in Bayern haben den Wahlkampf ja eh nur von ferne beobachtet, vor allem die Berliner Volten, die geschlagen wurden, um Last-Minute-Wähler noch



wenig besser aus, da kamen einzelne Parteien auf einen Verständlichkeitsquotienten, der einem Polit-Artikel in der BILD entspricht, aber eine Partei schrieb die vereinfachten Auszüge nur für Leute, die Kants Kategorischen Imperativ verstehen und erklären können.

Fachbegriffe en masse, Fremdwörter und Bindestrich-Wortungetüme machen Programme unlesbar für Menschen, die sich nicht als Fachleute mit der jeweils behandelten Materie von Sozialraummanagement bis Forschungscluster befasst haben. Überlange Sätze (30 bis 40 Worte pro Satz) und Schachtelsätze sind bloß schön, wenn Thomas Mann sie geschrieben oder Karl-Theodor zu Guttenberg sie verlaubt hat, bei Themen wie Bildungswege oder ÖPNV ermüden sie den Leser leicht – alles das trägt dazu bei, dass die Parteien an ihren Wählern vorbei reden.

Programme, so scheint es, schreiben Technokraten für Ihresgleichen, Verwaltungsjuristen für Verwaltungsökonom, Soziologen für Politologen – aber keiner schreibt für den Souverän, den Mann, die Frau auf der Straße. Offensichtlich gehen die Referenten in den Parteizentralen und Fraktionen viel lieber auf Workshops oder Symposien statt auf Ortsvereinsitzungen, feilen bis spät in die Nacht an komplizierten Papieren, so dass sie keine Gelegenheit zu Tresengesprächen in der Vorstadt haben. Und die Politiker, die das alles dann als ihren politischen Willen, ihre Vision gar, verkaufen sollen? Sie denken so stark in den Kategorien der Ministerien, denen sie vorstehen oder vorstehen wollen, dass auch sie Fachchinesisch mit Deutsch verwechseln.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist eh kein Freund von Programmen. Sein letztes war vier Seiten lang, von ihm höchstpersönlich getippt und die Überschriften bestanden leserfreundlich aus Schlüsselthesen. Weiter so, Chef! Denn schon Franz Josef Strauß wusste auf dem heutigen Kalenderblatt: „Man muss einfach reden, aber kompliziert denken – nicht umgekehrt.“

Wahlprogramme im Visier

schnell ins eigene Lager zu ziehen. Viel interessanter ist ja, was man hier als Kommunalpolitiker von den Auseinandersetzungen lernen kann.

Und da helfen wie immer die Wissenschaftler, genauer die Kommunikationsforscher der Universität Hohenheim. Die haben exemplarisch an einer Landtagswahl die Kommunikation der Parteien unter den Wählern am Beispiel der Programme untersucht. Dabei haben sie die Wahlprogramme und deren Kurzfassung, sozusagen den Reader's Digest für den Info-Stand, unter die Lupe genommen. Eingeordnet wurden die Aussagen auf einer Skala von 0 bis 20; wobei 20 für sehr verständlich steht, also vergleichbar mit einem Film in der „Sendung mit der Maus“, wenn Armin erklärt, wie die Zahnpasta in die Tube kommt. 0 steht für absolut unverständlich, entsprechend der deutschen Übersetzung der Gebrauchsanleitung einer koreanischen Multifunktions-Saftpresse.

Das erschreckende Ergebnis: Kein Wahlprogramm kam auf einen Wert über 10, war also verständlicher als ein Artikel im Finanzteil der FAZ. Ein Wahlprogramm hatte sogar den Abstraktionsgrad einer politikwissenschaftlichen Doktorarbeit. Bei den Kurzfassungen sah es ein

the Sabriul

Josef Schmid und Hans Podiuk:

Zuschüsse nur bei Verfassungstreue

Konsequent auch gegen linken Extremismus

Die Münchner CSU-Räte Josef Schmid und Hans Podiuk wollen mit einem Stadtratsantrag erreichen, dass monetäre, materielle und immaterielle Vorteile, Fördermittel sowie Mietzuschüsse nur bei einem Bekenntnis der Begünstigten zur Verfassung werden. Auch in städtischen Mietverträgen soll sich künftig eine „Extremismusklausel“ finden. Außerdem fordern die Stadträte Konsequenz auch gegen linken Extremismus und den Fördermittel-Zahlungsstopp für den linksextremen Szenetreff „Kafe Marat“.

„Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten“, so soll die Klausel lauten, die als Voraussetzung für die Gewährung einer Förderung von Vereinen und Initiativen unterzeichnet werden muss.

Zeichen setzen

„Es kann nicht angehen, dass Institutionen, die verfassungsfeindliches Gedankengut hegen oder gar verfassungsfeindliche Ziele verfolgen auch noch aus Steuermitteln gefördert werden“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Josef Schmid. „Wir wollen ein Zeichen setzen, dass die Stadt jegliche Form des Extremismus strikt ablehnt, nicht duldet und schon gar nicht alimentiert“, betont der Fraktionsvize Hans Podiuk. Wer die Klausel nicht im wahrsten Sinne des Wortes unterschreibe oder sie befolge, müsse mit dem Verlust der Leistungen rechnen.

„Kafe Marat“

In einem weiteren Antrag fordern die Räte ein entschlossenes Vorgehen gegen den linken Szenetreff „Kafe Marat“. Der bayerische Verfassungsschutzbericht 2010 weist diese Einrichtung er-

neut als Ort „von zentraler Bedeutung für die Mobilisierung autonomer Kreise“ aus. Es gilt als Treffpunkt, logistisches Zentrum und Informationsbörse von Linksextremisten. Der Name lehnt sich an einen radikalen Unterstützer der französischen Revolution sowie Befürworter politischer Gewalt, Jean Paul Marat. „Die Randalen auf dem Gärtnerplatz, die von Besuchern des „Kafe Marat“ gingen sowie mehrere Razzien beweisen die linksextreme Ausrichtung des dort verkehrenden Publikums und letztlich die Duldung extremistischer Agitation durch die Betreiber“, erklärt Schmid. „Gegen solche Umtriebe müssen wir entschlossen vorgehen. Dass die Stadt innerhalb eines Kulturzentrums eine solche Einrichtung der extremen Linken direkt oder indirekt auch noch fördert, kann nicht angehen.“

Wehrhafte Demokratie

Wer mit „für mehr Krach und Unordnung in unserer Stadt“ werbe, könne kaum staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. „Mit Kultur hat das nichts zu tun“, so Schmid.

„Eine Demokratie bleibt nur dann glaub- und wehrhaft, wenn sich gegen jede Art des Extremismus, egal ob von links oder rechts verteidigt“, betont Hans Podiuk. □

fektive Form von Bürgerfreundlichkeit. Es ist daher ein großes Anliegen von Oberbürgermeister Gribl, dass bei der Stadt Augsburg Online-Dienste für standardisierbare Verwaltungsabläufe systematisch eingeführt und erweitert werden – Stich-

wort „E-Government“. So ist unter anderem seit Dezember 2010 ein Formularserver in Betrieb, mit dem Dokumente elektronisch ausgefüllt, abgespeichert und – wenn keine Unterschrift nötig ist – an die Stadt zurückgeschickt werden können.

Ebenso wird für die Bürgerbüros ein Terminverwaltungsmodul vorbereitet, um Bürgern eine Online-Terminreservierung zu ermöglichen und dadurch Wartezeiten in stark frequentierten Bereichen der Verwaltung zu reduzieren. **DK**



Neu in der Familie: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Jetzt neu von E.ON Bayern: die E.ON EnergieSpar-Sanierung. Wir übernehmen die energetische Sanierung Ihres Hauses und bieten Ihnen ein „Rundum-sorglos-Paket“ aus Analyse, Konzept, Fördermittelcheck, Ausschreibung, Bau- und Qualitätsüberwachung.

Alles aus einer Hand!

Komplett und kompetent für Sie realisiert von Ihrem persönlichen E.ON EnergieSpar-Berater.

Wir informieren Sie gerne: T 0180 - 2 15 14 15* oder www.eon-bayern.com/sanierung

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.



Machen Sie jetzt den kostenlosen Kurz-Check im Internet

e-on | Bayern

Landshuter Umweltmesse:

Impulse für die Zukunft

Einmal mehr war die Landshuter Umweltmesse im Messepark mit rund 35.000 Besuchern ein voller Erfolg. Die größte Fachmesse im Süd-Ost-Bayerischen Raum zu den Themen Bauen und Wohnen, Natur und Technik, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung fand bereits zum sechsten Mal statt. Auf insgesamt rund 4500 Quadratmeter Ausstellungsfläche waren auch die Stadt Landshut und die Stadtwerke mit einem eigenen Stand vertreten.

Die Landshuter Umweltmesse versteht sich als Lernort und will einer breiten Basis ermöglichen, sich Wissen und Kompetenzen anzueignen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Entwicklung nötig sind. Nicht zuletzt deshalb wurde sie mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Über 220 Aussteller präsentierten den Besuchern in der Sparkassenarena, im Messezelt und am Freigelände ihre Produkte und Dienstleistungen: von gesundem Bio-Essen bis hin zum Mini-Blockheizkraftwerk, von Fair-Trade-Edelsteinen bis zum Elektro-Sportwagen.

Informationsplattform

Wer bauen oder sanieren möchte, fand auf der Landshuter Umweltmesse diverse Aussteller zu Heizung, Sanitär, Baustoffen, Photovoltaikanlagen und vielen weiteren Angeboten, mit denen Haus und Wohnung auf Vordermann gebracht werden können. Dabei spielte nicht nur der Klimaschutz eine große Rolle, sondern auch das Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden: Emissionsfreie Bodenbeläge sowie Tipps und Tricks zum richtigen Lüften und Schimmelbekämpfung ohne giftige Stoffe sind nur ein kleiner Ausschnitt der vielfältigen Möglichkeiten, die es auf der Messe zu entdecken gab.

Interessant gestalteten sich auch die mannigfaltigen Vorträge auf der Landshuter Umweltmesse. „Die Messe ist eine Informationsplattform und ein Impulsgeber zugleich“, hob Organisator Rudolf Schnur hervor.

Elektromobilität

Einem spannenden Bereich des Umweltschutzes, der Elektromobilität, war ein ganzer Thementag gewidmet. Über drei Dutzend stromgetriebene Autos und Räder waren zu sehen – dazu zählte sogar ein Prototyp von Mercedes, der E-Smart. Diesen Wagen gibt es weltweit gerade zehnmal. Einige Autos waren nicht nur zum Anschauen da, sondern konnten auf dem messeeigenen Parcours erprobt werden. Dazu zählte der Tesla Roadster, den der Vorsitzende des Bundesverbands Elektromobilität Kurt Sigl zur Eröffnung des Thementages mitbrachte.

Zukunftsvision

Bei der Eröffnung der Messe hatte Umweltminister Markus Söder seine Zukunftsvision für Bayern formuliert: Vom High-Tech-Land zum Vorzeigeland für erneuerbare Energien. Erste konkrete Schritte in diese Richtung seien auf der Umweltmesse zu sehen. Seit Japan habe sich alles geändert. Wenn das Atomzeitalter beendet werden sollte, so werde es eine Veränderung der heimischen Land-

schaft, andere Stromleitungen und mehr Windkraftanlagen geben. Der Umstieg funktioniere nur mit Technologie-Sprüngen, was dem Bürger vermittelt werden müsse.

Umstieg auf erneuerbare Energien

Bis Mitte Mai werde nun überlegt, ob und wie der wirkliche Umstieg auf erneuerbare Energien möglich ist und was der Umstieg für Bayern bedeuten würde. Nach Söders Worten „wird dies wohl die strategisch wichtigste politische Aufgabe der nächsten 20 Jahre“.

Ebenso wie Markus Söder vertrat Landshuts Oberbürger-

Bürgermeisterwahlen im Freistaat

In der oberfränkischen Gemeinde Berg (Landkreis Hof) beginnt Bürgermeister Peter Rödel von der Überparteilichen Wählergemeinschaft seine dritte Amtszeit. Bei den Bürgermeisterwahlen besiegte er mit 69,5 Prozent seine Gegenkandidatin Patricia Rubner von der CSU, die auf 30,5 Prozent der Wählerstimmen kam.

Gundelfingen

Auch in Gundelfingen bleibt Rathauschef Franz Kukla (CSU) im Amt. Er erhielt bei der Wahl 50,7 Prozent der Stimmen. SPD-Bewerber Jürgen Hartshauer erreichte 38,7 Prozent, der Kandidat der Freien Wähler, Edelbert Reile, 10,6 Prozent. Kukla ist bereits seit zehn Jahren Bürgermeister.

Markt Schwaben

In Markt Schwaben (Landkreis Ebersberg) setzte sich Georg Hohmann (SPD) in der Stichwahl klar mit 61,6 Prozent gegen die CSU-Kandidatin Magdalena Föstl durch, die auf 38,4 Prozent kam.

In der Stadt Neunburg vorm

meister Hans Rampf die Auffassung, dass Isar 1 endgültig abgeschaltet werden muss, wies aber auch darauf hin, dass Kernkraft in den kommenden Jahren benötigt werde, um den Umschwung zu schaffen. Nicht erst seit gestern stünden die Themen der Umweltmesse auf der Tagesordnung: Es gelte, auf die regenerativen Energien zu setzen.

Einmalige Chance

Bei vielen Menschen gelte der Umbau der alten Müllverbrennungsanlage in ein Biomasseheizkraftwerk als Vorzeigebispiel, bemerkte Rampf. Diese Chance dürfe sich Landshut nicht entgehen lassen, denn: Geht der Umbau über die Bühne, könne die Stadt ihr Energielevel um das Doppelte erhöhen. Energieautarkie sei der Weg in die Zukunft. **DK**

Wald im Landkreis Schwandorf hat der CSU-Kandidat Martin Birner die Stichwahl gegen die zweite Bürgermeisterin Johanna Gückel von der Wählergruppe AfA gewonnen. Birner erhielt 63,9 Prozent, Gückel 36,07 Prozent der Stimmen.

Apfeltrach

Neue ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Apfeltrach bei Mindelheim ist Karin Schmalholz. Die einzige Kandidatin bei der Bürgermeisterwahl erhielt 82,1 Prozent der Stimmen. Die Wahl war notwendig geworden, weil der Vorgänger Karl Steidle im Dezember 2010 gestorben war. Die Gemeinde Apfeltrach zählt 900 Einwohner.

Wackersdorf

In Wackersdorf (Landkreis Schwandorf) hingegen muss der neue Bürgermeister in einer Stichwahl ermittelt werden. Vize-Rathauschef Thomas Falter (CSU) erhielt 45,4 Prozent, FW-Kandidat Thomas Neidl 28,5 Prozent der Stimmen. **DK**

Ehrenamtliches Engagement im Landkreis Aschaffenburg:

Sicherer Rahmen

Die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises Aschaffenburg konnte jüngst rund 85 Interessierte zu einer Informationsveranstaltung zum „Versicherungsschutz im Ehrenamt“ begrüßen.

Rechtsanwalt Martin Kroher von der Versicherungskammer Bayern gab einen umfassenden Überblick über den Versicherungsschutz im Ehrenamt und erläuterte an verschiedenen Beispielen, wie Vereine oder soziale Organisationen ihre Ehrenamtlichen versichern können. Weiterhin informierte er über die Haftung von freiwillig Engagierten und Vereinen, die damit verbundenen Risiken und den entsprechend optimalen Schutz über Versicherungen.

Die Teilnehmer, darunter viele ehrenamtlich Engagierte, Mitglieder aus Vereinen und Selbsthilfegruppen sowie Hauptamtliche aus verschiedenen Fach- und Beratungsstellen, konnten wichtige Tipps für ihre tägliche Arbeit mitnehmen. **□**

Ehrenamtlich Tätige sollten sich vor Beginn eines freiwilligen Engagements darüber informieren, ob sie ausreichend versichert sind. Dies war die wohl wichtigste Aussage, die bei der Informationsveranstaltung gemacht wurde.

Auch wenn der Freistaat Bayern seit 2007 mit der Bayerischen Ehrenamtsversicherung zusätzlich ein Auffangnetz für Ehrenamtliche geschaffen hat, die sich freiwillig für das Gemeinwohl engagieren, ist ein individueller Versicherungsschutz weiterhin erforderlich. Privathaftpflicht- und Unfallversicherung schützen den Einzelnen im Schadensfall für die gesamte private Tätigkeit, die zumeist auch eine ehrenamtliche Tätigkeit miteinschließt. **□**



In immer mehr Dörfern werden dank privater Initiativen wieder Dorfäden gegründet. „Diese Initiativen schließen die Lücken, die der Strukturwandel in den dörflichen Alltag gerissen hat. Dorfäden dienen nicht nur als Einkaufsstätten, sondern sind ein sozialer Mittelpunkt des Dorfes, oft der einzige“, so Gerlinda Augustin, Geschäftsführerin der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL).

Bestehende Dorfäden brauchen Motivation und Unterstützung, sie sind Modelle der Zukunft, weil oft eine erfolgreiche Koppelung von Hauptamt und bürgerschaftlichen Engagement das Fundament bildet. „Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete daher das SDL-Seminar, das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte der Dorfäden angeboten wird. Vertreter von Dorfäden aus ganz Bayern (unser Bild) nutzten die Gelegenheit zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch. Die Gruppen der Dorfädenaktivisten traf sich diesmal in Ettenbeuren im Landkreis Günzburg, einem Dorfäden, der auf einer Privatinitiative der Bürger beruht und aus dem Kammeltal nicht mehr weg zu denken ist. **□**

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195/69 05-0 - Fax: 07195/69 05-77 - info@benz-sport.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgärten 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste

Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hallo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Mitglied im Europäischen
Verband der Energie- und
Umweltschutzberater e.V.